



Sonja Zmerli | Ofer Feldman [Hrsg.]

Politische Psychologie

Handbuch für Wissenschaft und Studium

2. Auflage



Nomos
Handbuch

Die Reihe „Politische Psychologie:
Themen, Herausforderungen, Perspektiven“
wird herausgegeben von

Prof. Dr. Ofer Feldman, Kyoto
Prof. Dr. Sonja Zmerli, Grenoble

Band 1

Sonja Zmerli | Ofer Feldman [Hrsg.]

Politische Psychologie

Handbuch für Wissenschaft und Studium

2., aktualisierte und erweiterte Auflage



Nomos
Handbuch

© Titelbild: mstay, istockphoto.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7629-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-1012-1 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort zur 2., aktualisierten und erweiterten Auflage

Sechs Jahre nach der Veröffentlichung unseres deutschsprachigen Handbuchs der Politischen Psychologie erscheint die Zeit nun nicht nur reif, dessen Einzelbeiträge zu aktualisieren und thematisch zu erweitern, sondern auch angemessen, es angesichts der nach wie vor unseren Alltag bestimmenden Covid-19-Pandemie um ein Kapitel zur Resilienz zu erweitern.

Was als vergleichsweise kurze Zeitspanne bewertet werden und dadurch die Frage nach der Notwendigkeit einer zweiten Auflage eines Grundlagenwerkes wie diesem Handbuch aufwerfen könnte, brachte eine unvorhersehbare Fülle an nachhaltigen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen mit sich, zu deren besseren Verständnis insbesondere Erklärungsansätze aus der Politischen Psychologie verhelfen können.

In vielerlei Hinsicht sehen sich derzeit weltweit vermeintlich etablierte demokratische Gesellschaften neuen Herausforderungen gegenüber, die von gesellschaftlicher Polarisierung, dem Aufkommen und Erfolg populistischer Parteien und Führer, Desinformationskampagnen und sogenannten Filterblasen in sozialen Netzwerken oder auch Wissenschaftsfeindlichkeit im Zuge der Covid-19-Pandemie geprägt sind. Dass die Entstehung dieser und ähnlicher Phänomene nicht allein auf rationale Bewertungen und Überlegungen von Bürgerinnen und Bürgern und deren Entscheidungsfindungen zurückzuführen ist, liegt aus unserer Sicht auf der Hand, unterstreicht aber gleichzeitig einerseits die Grenzen ‚klassischer‘ politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze und andererseits die Notwendigkeit, auf psychologische und sozialpsychologische Konzepte, Theorien und Methoden zum besseren Verständnis zurückzugreifen.

Diesen nachhaltigen Veränderungen und dem daraus deutlich erkennbar resultierenden Bedürfnis nach Antworten möchte diese 2., aktualisierte und erweiterte Auflage Rechnung tragen. Wir verbinden dies gleichsam mit der Hoffnung, der Politischen Psychologie auch im deutschsprachigen Raum ein noch deutlich sichtbarer Profil zu verleihen. Die Realisierung dieses Publikationsprojektes wäre allerdings ohne die beispielhafte Kooperation unserer Autorinnen und Autoren nicht möglich gewesen, denen wir fraglos zu besonderem Dank verpflichtet sind.

Widmen möchten wir diese zweite Auflage Akim, Akifumi und Asaya – Vertretern der jüngeren Generationen, auf deren Schultern einige unserer Hoffnungen für die Zukunft ruhen mögen.

Grenoble und Kyoto im Dezember 2021

Sonja Zmerli und Ofer Feldman

Vorwort

Als erstes umfassendes deutschsprachiges Grundlagenwerk eröffnet die vorliegende Publikation *Politische Psychologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium* die von den Herausgebern dieses Bandes ebenfalls verantwortete internationale Schriftenreihe *Politische Psychologie: Themen, Herausforderungen, Perspektiven*.

Mit der Herausgeberschaft dieser Schriftenreihe verbinden wir das Ziel, ein weithin sichtbares interdisziplinäres Forum zu etablieren, das insbesondere im deutschsprachigen Raum zur Intensivierung des fachlichen Austauschs ausgewiesener Expertinnen und Experten der Politischen Psychologie sowie vielversprechender Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler beiträgt.

Im Mittelpunkt dieser Reihe stehen politisch-psychologische Studien verschiedener Disziplinen, darunter der Politikwissenschaft, der Internationalen Beziehungen, der Sozialpsychologie oder der Psychologie, die sich mit der Vielfalt psychologischer Prozesse befassen, die der Formierung politischer Einstellungen und politischem Verhalten zugrunde liegt. Auf diese Weise sollten sich neue Wege erschließen, die zum Verständnis der zentralen Rolle von Gruppen und Individuen in politischen Aushandlungsprozessen sowie der Wirkungen von Persönlichkeit, politischen Einstellungen, Lern-, Kommunikations- und Informationsverarbeitungsprozessen auf politisches Handeln beitragen.

Obwohl gerade in jüngster Zeit im deutschsprachigen Raum ein zunehmendes wissenschaftliches Interesse an Fragestellungen und Erklärungsansätzen der Politischen Psychologie zu verzeichnen ist, wie nicht zuletzt ein deutlicher Anstieg politisch-psychologischer Forschungsarbeiten und Publikationen belegt, wird dieser Teildisziplin hierzulande nach wie vor weniger Beachtung geschenkt als im internationalen Wissenschaftsdiskurs. Dies ist umso bemerkenswerter, als die theoretischen Ursprünge der Politischen Psychologie vielfach auf deutschsprachige Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts zurückgehen.

Mit der Absicht, politisch-psychologische Fragestellungen und Erklärungsansätze wieder stärker in den hiesigen Lehr- und Forschungskanon zu verankern, knüpft unsere Schriftenreihe an deren ursprüngliche Bedeutung an. Diesem Anliegen ist auch das vorliegende Handbuch gewidmet, das erstmals in deutscher Sprache grundlegende Begriffe, Konzepte und Theorien der Politischen Psychologie vorstellt, deren thematische Bandbreite skizziert und wesentliche empirische Befunde, nicht zuletzt anhand deutscher empirischer Studien, erörtert und somit als Einladung an alle Interessierten der Politischen Psychologie verstanden werden kann, am Wissenszuwachs politisch-psychologischer Forschung mitzuwirken.

Namhafte deutschsprachige und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Politischen Psychologie konnten für dieses Buchprojekt als Autorinnen und Autoren gewonnen werden. Mit den Übersetzungsarbeiten der ursprünglich in englischer Sprache verfassten Beiträge der internationalen Autorinnen und Autoren wurden die Übersetzungsbüros Über3Seiten, Bonn sowie Prologos, Köln, beauftragt, die mit viel sprachlichem Feingefühl, Sachverstand und Engagement die Publikation dieses deutschsprachigen Grundlagenwerkes unterstützten.

Unser Dank gilt zudem Marcel Mertlik und Manuel Schießmann, deren Sorgfalt und Einsatz einen maßgeblichen Beitrag im Rahmen der Redaktion und Formatierung dieses Handbuchs leisteten.

Publikationen der Schriftenreihe „Politische Psychologie: Themen, Herausforderungen und Perspektiven“ können in deutscher, englischer oder französischer Sprache verfasst sein und wenden sich somit gleichermaßen an eine deutschsprachige und internationale Leserschaft. Angesichts dieser internationalen Ausrichtung sind wir als Reihenherausgeber zuversichtlich, dass sich unsere Schriftenreihe für Interessierte der politischen Verhaltens- und Einstellungsforschung zukünftig als wertvolle Referenz erweisen wird.

Kyoto und Frankfurt am Main im August 2015

Ofer Feldman und Sonja Zmerli

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	11
Tabellenverzeichnis	12
I. Politische Psychologie: Eine Einführung	13
<i>Ofer Feldman und Sonja Zmerli</i>	
II. Was ist Politische Psychologie?	23
<i>Peter Suedfeld und Rajiv S. Jhangiani</i>	
III. Geschichte und institutionelle Entwicklung der Politischen Psychologie in Deutschland	39
<i>Franziska Deutsch und Klaus Boehnke</i>	
IV. Persönlichkeit und Politik	61
<i>Christian Kandler, Rainer Riemann und Anke Hufer-Thamm</i>	
V. Politische Sozialisation	83
<i>Susanne Rippl, Christian Seipel und Angela Kindervater</i>	
VI. Informationsverarbeitung und Entscheidungsfindung	103
<i>Michael F. Meffert und Sonja Zmerli</i>	
VII. Wahlverhalten und politische Einstellungen	127
<i>Sascha Huber und Markus Steinbrecher</i>	
VIII. Politische Ideologien	149
<i>Tobias Rothmund und Kai Arzheimer</i>	
IX. Autoritarismus	175
<i>Christian Seipel, Susanne Rippl und Angela Kindervater</i>	
X. Politische Führung	199
<i>Henrik Gast und Simon Bein</i>	
XI. Biologische Grundlagen politischen Handelns und politischer Einstellungen	229
<i>Rainer Riemann und Christian Kandler</i>	
XII. Politische Rhetorik	251
<i>Ofer Feldman</i>	

XIII. Massenmedien und öffentliche Meinung	273
<i>Jürgen Maier und Anna-Maria Renner</i>	
XIV. Politische Psychologie von Gruppen	295
<i>Bernhard Leidner, Linda R. Tropp, Brian Lickel und Mengyao Li</i>	
XV. Intergruppenvorurteile und Stereotype	315
<i>Leonie Huddy, Raynee Gutting und Stanley Feldman</i>	
XVI. Kultur und Politische Psychologie	337
<i>Katja Hanke und Franziska Deutsch</i>	
XVII. Die Politische Psychologie des Terrorismus und gewalttätigen Extremismus	357
<i>Michaela Pfundmair und Jerrold M. Post[†]</i>	
XVIII. Politische Psychologie der Internationalen Beziehungen	385
<i>Cornelia Frank</i>	
XIX. Politische Psychologie internationaler Sicherheit und Konflikte	411
<i>Cornelia Frank</i>	
XX. Stablen und dauerhaften Frieden schaffen	431
<i>Soli Vered und Daniel Bar-Tal</i>	
XXI. Politische Psychologie und Resilienz	453
<i>Shaul Kimhi und Yohanan Eshel</i>	
Schlussbetrachtung	463
<i>Sonja Zmerli</i>	
Die Autorinnen und Autoren	465
Sachregister	469
Personenregister	475

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1:	Entwicklung der Häufigkeiten von wissenschaftlichen Publikationen zur Politischen Psychologie	46
Abbildung 4.1:	Persönlichkeitseigenschaften und politische Grundorientierungen	66
Abbildung 4.2:	Persönlichkeitseigenschaften und Parteipräferenzen	68
Abbildung 4.3:	Durchschnittliche Persönlichkeitsprofile von deutschen Politikern	71
Abbildung 4.4:	Korrelationen zwischen Persönlichkeitseigenschaften und politischen Orientierungen innerhalb und zwischen Selbst- und Bekannteneinschätzungen	76
Abbildung 6.1:	Schematisches Modell der interaktiven Informationsverarbeitung mit ausgewählten Faktoren	104
Abbildung 9.1:	Dual Process Model	184
Abbildung 11.1:	Querschnitt des Gehirns mit den hervorgehobenen Arealen Anteriorer Cingulärer Kortex, Amygdala, präfrontaler Kortex und ventrales Striatum	233
Abbildung 11.2:	Korrelationen der Konservatismuswerte für ein- und zweieiige Zwillinge. Quelle: adaptiert nach Eaves et al., 1997Die gestrichelte Linie gibt eine einfache Heritabilitätsschätzung mit Hilfe der Falconer-Formel wieder.	242
Abbildung 13.1:	Einfluss von Moderatorvariablen auf die Wirkung einer medial vermittelten Botschaft	277
Abbildung 17.1:	Modell der Radikalisierung nach Pfundmair et al. (2019)	362
Abbildung 17.2:	Beziehungskordinaten des nationalistisch-separatistischen Terrorismus	364
Abbildung 17.3:	Beziehungskordinaten des sozial-revolutionären Terrorismus ..	368
Abbildung 19.1:	Stufen der Konflikteskalation nach Glasl	424

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1:	Laufende DFG-Einzelprojekte mit im weitesten Sinne politisch-psychologischer Thematik	55
Tabelle 10.1:	Persönlichkeitsdimensionen im Vergleich („Big Five“ und „Dark Triad“)	212
Tabelle 11.1:	Selektive Partnerwahl: Zusammenstellung der Korrelationen zwischen Lebenspartnern (r) aus unterschiedlichen Studien	239
Tabelle 11.2:	Ergebnisse verschiedener verhaltensgenetischer Studien zu genetischen und Umwelteinflüssen auf interindividuelle Unterschiede in Autoritarismus und Konservatismus	240
Tabelle 15.1:	Häufigkeitsverteilung bei Erklärungen von Unterschieden zwischen schwarzen und weißen US-Amerikanern: Nur Weiße	330
Tabelle 18.1:	Philosophische und instrumentelle Überzeugungen	393
Tabelle 18.2:	Leadership Trait Assessment	398

I.

Politische Psychologie: Eine Einführung

Ofer Feldman und Sonja Zmerli

1. Einleitung

Deutschsprachige Interessierte¹ der vielfältigen Themengebiete der Politischen Psychologie haben möglicherweise das Fehlen eines umfassenden deutschsprachigen Grundlagenwerks bereits zur Kenntnis genommen. Angesichts der stetig wachsenden Zahl fremdsprachiger Einführungsbände, Handbücher oder Monographien, die sich mit dem Verhältnis von Psychologie und politischem Verhalten befassen, ist diese Leerstelle bemerkenswert. Dies umso mehr, als verschiedene Publikationen bereits in zweiter oder dritter Auflage erschienen sind, wie beispielsweise der in englischer Sprache verfasste Einführungsband *Introduction to Political Psychology* von Martha L. Cottam, Beth Dietz-Uhler, Elena Mastors und Thomas Preston (zuletzt 2009), das von Leonie Huddy, David O. Sears und Jack S. Levy herausgegebene *The Oxford Handbook of Political Psychology* (zuletzt 2013) oder das in japanischer Sprache von Ofer Feldman veröffentlichte Werk *Seiji Shinrigaku* (Political Psychology, zuletzt 2011). Tatsächlich wurden zahlreiche frühe Studien zur menschlichen Psychologie und Verhalten aber von deutschsprachigen Psychologen, Soziologen, Philosophen oder Physiologen, allen voran Sigmund Freud, Wilhelm Wundt, Alfred Adler oder Erich Fromm, verfasst und wirken bis heute auf Theorien und Konzepte der Politischen Psychologie nach.

Eines der zentralen, wenngleich nicht ausschließlichen Anliegen der Psychologie als wissenschaftlicher Disziplin gründet auf der Beobachtung, dem Verständnis und der Erklärung menschlichen Verhaltens, dem *politisches* Verhalten als eine spezifische zweckgerichtete Verhaltensform ebenso zuzuordnen ist. Aus dieser Perspektive wird ersichtlich, dass die Vielfalt psychologischer Erklärungsansätze, Messinstrumente und -verfahren zur Beobachtung und Analyse menschlichen Verhaltens auch einen maßgeblichen Beitrag zur politischen Verhaltensforschung zu leisten vermag. Denn nur mit Hilfe dieses theoretischen wie methodologischen Rüstzeugs erschließen sich Ausprägungen, Ursachen und Wirkungen handlungsleitender Wahrnehmungen, politischer Orientierungen, Einstellungen und Überzeugungen, Gedanken, Ideen und Wissen, Motivationen, Gefühle, Stimmungen oder Emotionen. Thematisch bilden politisch-psychologische Studien eine beachtliche Bandbreite ab, die Untersuchungen politischer Sozialisationsprozesse, Einstellungen und Überzeugungen, Mechanismen der Informationsverarbeitung, des Wahlverhaltens, politischer Kommunikation und Medienwirkungen genauso umfasst wie Studien zu Stereotypen, Vorurteilen und Diskriminierung, Formen und Voraussetzungen politischer Führung, Motiven und Handlungen politischer Eliten, Gruppenprozessen, Bedingungen kollektiven Handelns, Ursachen von Terrorismus, Einflussfaktoren außenpoliti-

1 Hierunter sowie nachfolgend sind alle Geschlechtsformen zu verstehen.

scher Entscheidungsprozesse oder internationaler und ethnischer Konflikte und ihrer Befriedung.

Zusammengefasst ermöglicht die Politische Psychologie, individuelle Denkmuster, Gefühle und Bewertungen zu erkennen und deren Wirkungen auf die Entstehung, Intensität und Durchsetzung politischer Präferenzen, Interessen und Entscheidungen zu beleuchten. Vor diesem Hintergrund ist das zuletzt deutlich gestiegene wissenschaftliche Interesse an politisch-psychologischer Forschung wenig überraschend.

Aus diesem wissenschaftlichen Anspruch der Politischen Psychologie leitet sich das Hauptanliegen des vorliegenden deutschsprachigen Handbuchs ab, das in grundlegende Begriffe, Konzepte und Theorien der Politischen Psychologie einführt, ihre thematische Bandbreite skizziert und wesentliche empirische Befunde dieser Forschungsdisziplin, nicht zuletzt am Beispiel deutscher empirischer Studien, vorstellt. Zudem spiegelt die perspektivische – oftmals auch kulturvergleichende – Vielfalt der Kapitel den aus deutschen und internationalen Wissenschaftlern bestehenden Autorenkreis und ihrer Disziplinen, wie u. a. die Politikwissenschaft, Psychologie oder Sozialpsychologie, wider. Inhaltlich hingegen eint die versammelten Beiträge die Anerkennung der zentralen Bedeutung von Motivationen, Wahrnehmungen, Einstellungen, Lebensstilen oder Kulturen zur Erklärung politischen Verhaltens.

2. Jenseits des Stimulus-Response-Modells

Im Wesentlichen lassen sich in der Politische Psychologie drei Perspektivebenen unterscheiden, die zur Untersuchung politischen Verhaltens eingenommen und nachfolgend erläutert werden. Im Fokus stehen hierbei die Interaktion zwischen Individuum und dessen Umwelt, das Individuum selbst sowie die Wirkkraft unbewusster Neigungen gegenüber rationalen Erwägungen.²

2.1 Die Interaktion zwischen Individuum und Umwelt

Vereinfachende Stimulus-Response-Modelle, die menschliches Verhalten als erlernte quasi passive Reaktion auf ein Set von Umweltstimuli (z. B. Sozialstruktur, Gesellschaft, Kultur oder Medien) interpretieren und dabei dessen aktiven Part der Realitätskonstruktion unberücksichtigt lassen, gelten in der Politischen Psychologie bereits seit langem als überholt. Vielmehr zeichnet sich in empirischen politisch-psychologischen Untersuchungen die Bedeutung situations- und kontextspezifischer Faktoren zunehmend ab. Dabei lässt sich die Erkenntnis eines Zusammenwirkens von Umwelt und Individuum bereits auf Lewins (1936) Beobachtung zurückführen, wonach jedes Verhalten durch die übergeordnete und durch interdependente Kräfte organisierte Gesamtsituation, dem sogenannten 'life space', bestimmt wird. Lewin postuliert, dass "[e]very psychological event depends upon the state of the person and at the same time the state of the environment, although their relative importance is different in different cases" (1936, S. 216). Gemäß Lewins klassischer Formulierung versteht sich dieser 'life space' als die "totality of facts which determines the behavior (B) of an individual at a certain moment. The life space (L) represents the totality of possible events. The life space includes the

2 Vgl. Feldman (2011).

person (P) and the environment (E). $B=f(L)=f(P,E)$ " (1936, S. 216). Entsprechend dieser Formel sowie aufgrund des wirksamen Prinzips der Interdependenz sind Individuum und Umwelt in ihrer Existenz folglich aufeinander bezogen.

Demnach ist individuelles politisches Verhalten nicht dem Einfluss der sozialen oder politischen Situation ausgesetzt, sondern geht gleichsam aus der *Interaktion* des Individuums mit dessen Umwelt hervor. Jeder Versuch, politisches Verhalten zu verstehen und zu erklären, erfordert daher umfassende Kenntnisse darüber, wie Individuen oder Gruppenakteure unter gegebenen Bedingungen (z. B. Kultur, Sozialstruktur, Krisenzeiten etc.) ihre Umwelt wahrnehmen, interpretieren und bewerten und auf diese wiederum einwirken.

2.2 Individuum und politisches Verhalten

Ungeachtet der Interaktion zwischen Individuum und Umwelt und deren Einfluss auf politisches Verhalten misst die Politische Psychologie auch dem Individuum als eigenständigem Untersuchungsgegenstand große Bedeutung bei. Fraglos reagieren Individuen höchst unterschiedlich auf identische soziale oder politische Stimuli bzw. Ereignisse, so dass die Analyse interner Komponenten wie Persönlichkeit, Kognitionen, Affekte oder Identitäten einen weiteren Baustein zur Erklärung politischen Verhaltens liefert.

Persönlichkeit

Als Ausgangspunkt des politischen Denkens und Fühlens gilt in der Politischen Psychologie die individuelle Persönlichkeit, die das Zentrum der zweiten perspektivischen Ebene einnimmt. Auf unbewusste Weise nimmt sie beständig Einfluss auf individuelle kognitive und affektive Prozesse und somit auf Verhaltensdispositionen und konkretes politisches Verhalten. Nur selten sind sich infolgedessen Individuen über den Einfluss ihrer Persönlichkeit auf ihre politischen Präferenzen im Klaren.

Jüngste empirische Studien rücken zudem die Relevanz der Genetik in den Vordergrund. Danach wären Grundzüge der Persönlichkeit bereits in der individuellen DNA angelegt (vgl. Mondak, 2010), jedoch würden diese durch individuelle Lebenserfahrungen geformt, wobei der frühkindlichen Interaktion mit Familienmitgliedern eine überaus prägende Rolle zufällt. Folglich besitzt jeder Mensch eine einzigartige Persönlichkeit trotz der unbestreitbaren Existenz sich ähnelnder individueller Persönlichkeitsprofile. So sind beispielsweise vielen Menschen Persönlichkeitseigenschaften wie Offenheit oder Verträglichkeit gemein. Dennoch unterscheiden sie sich in deren Ausprägungen und somit in der Art, wie sie Informationen verarbeiten, Schlussfolgerungen ziehen oder Entscheidungen treffen.

Kognitives System

Kognition gilt als weitere interne Komponente, die individuelles politisches Verhalten entscheidend prägt. Erkenntnisse zu kognitiven Prozessen, die sich durch psychologische Erklärungsansätze eröffnen, vermitteln ein Verständnis über Mechanismen individueller Informationsverarbeitung und Deutungen der persönlichen Umwelt. Kognition wird hier als „a collective

term for the psychological process involved in the acquisition, organization, and the use of knowledge“ (Bullock & Stallybrass, 1977, S. 109) verstanden.

Kognitive Erklärungsansätze fokussieren auf mentale Prozesse und Strukturen, die nachhaltig auf menschliches Verhalten einwirken. Dabei wird davon ausgegangen, dass Individuen ihre Umwelt wahrnehmen, bewerten und organisieren, indem sie diesen Wahrnehmungen Bedeutungen zuschreiben und auf diese Weise in die Lage versetzt werden, Informationen effizient zu verarbeiten. Hierfür bedienen sie sich sozialer Kategorien, die es ihnen ermöglichen, Personen oder Situationen sinnstiftend einzuordnen. Zur Wahrnehmung und Verarbeitung von Informationen kommen u. a. Aufmerksamkeit, Gedächtnis oder auch Wissen zum Tragen.

Politische Einstellungen, die auf einer kognitiven und einer affektiven Komponente beruhen, nehmen in der politisch-psychologischen Forschung ebenfalls breiten Raum ein. Zwar werden sie überwiegend während des Sozialisationsprozesses der formativen Jahre erworben und weisen eine hohe Stabilität auf, dennoch kann sich ein individueller Einstellungswandel beispielsweise durch Informationserwerb, Wandel des politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Kontexts oder auch durch Transitionen im Lebensverlauf vollziehen.

Affektives System

Politisches Verhalten wird neben kognitiven Prozessen auch durch interne affektive Komponenten, wie z. B. Motivationen, Gefühle, Stimmungen oder Emotionen, unterhalb der Bewusstseinsschwelle wesentlich beeinflusst. Affekte werden gemeinhin als ein „generic term for a whole range of preferences, evaluations, moods and emotions“ (Fiske & Taylor, 1991, S. 410) definiert, wobei sie gleichermaßen als angenehm oder unangenehm empfunden werden können. Motivationen beziehen sich auf innere Wünsche, Bedürfnisse, Bedenken und Ziele (Pittman, 1998), während Emotionen als ein „complex assortment of affects, beyond merely good feelings or bad to include delight, serenity, anger, sadness, fear and more“ (Fiske & Taylor, 1991, S. 411) gelten.

Im Allgemeinen bewirken Furcht und Angst beispielsweise, dass Individuen ihre Aufmerksamkeit auf Bedrohungen lenken und bei ihrem Versuch, die bedrohliche Situation abzuwenden, verfügbare Informationen intensiv verarbeiten. In der politischen Sphäre sind Furcht und Angst folglich mit gesteigerter Aufmerksamkeit gegenüber politischen Informationen und gesteigertem Lernen assoziiert (Brader, Marcus, & Miller, 2011). Anders als Furcht erzeugt Ärger einen gegenteiligen Effekt. Er führt vielmehr dazu, die Aufmerksamkeit gegenüber widerstrebenden politischen Argumenten zu verringern und stattdessen die Bedeutung der individuellen Parteiidentifikation sowie der damit verbundenen politischen Positionen zu stärken. Eine geringere individuelle Aufnahmebereitschaft gegenüber Standpunkten, die nicht den eigenen entsprechen, ist die Folge (MacKuen, Wokak, Keele, & Marcus, 2010).

Schließlich interagieren Stimmungen, Gefühle, Emotionen und Motivationen mit Kognitionen darin, individuelle politische Urteile und Überzeugungen zu formen und auf politisches Handeln einzuwirken (Marcus & MacKuen, 1993). In welchem Maß politisch-psychologische Studien auf Mechanismen und Effekte des affektiven bzw. des kognitiven Systems fokussieren,

ist weitgehend von deren zugeschriebener relativer Bedeutung im Kontext der jeweiligen Fragestellung abhängig.

Soziale Identität

Schließlich nimmt auch die soziale Identität eines Individuums, die ebenfalls kognitive und emotionale Assoziationen aufweist, Einfluss auf politisches Verhalten.

Gemäß Tajfels Theorie der sozialen Identität bildet sich das individuelle Selbstkonzept nicht nur über die personale Identität, sondern auch über die soziale Identität heraus, die auf Gruppenzugehörigkeiten und sozial geteilten Merkmalen basiert (Mummendey & Otten, 2002, S. 100). Diese können u. a. auf einer gemeinsamen Ethnizität, Nationalität, Religion, sozialen Klasse, Parteizugehörigkeit, Geschlecht oder Beruf beruhen. Voraussetzung ist allerdings, dass Individuen sozialen Gruppen angehören und diesen Gruppenzugehörigkeiten Bedeutung beimessen, sie also als Referenzgruppen wahrnehmen, zumal jedem Individuum ein Bedürfnis nach positiver sozialer Identität innewohnt (Mummendey & Otten, 2002, S. 101). In die Konstruktion der sozialen Identität fließen ferner die mit der Gruppenzugehörigkeit einhergehenden Werte und ihre emotionale Bedeutung ein (Turner & Onorato, 1999, S. 18). Dies kann dazu führen, dass sich Gruppenmitglieder im Hinblick auf Gruppennormen definieren und diese gar internalisieren. Gleiches gilt für Gruppenziele, zu deren Erreichung Gruppenmitglieder erhebliche individuelle Anstrengungen unternehmen, sofern die mit der Gruppenzugehörigkeit verbundene soziale Identität eine hohe Salienz aufweist. Aus Gruppenidentifikationen erwachsen infolgedessen wichtige motivationale Konsequenzen, die in eine Vielzahl politischer Aktivitäten, wie z.B. Protest- oder Wahlteilnahmen oder auch Unterstützung politischer Kandidaten, münden können.³

2.3 Unbewusste Favorisierungen vs. nutzenmaximierende Eigeninteressen

Über lange Zeit hinweg nahm in der politikwissenschaftlichen Verhaltensforschung die Annahme, dass Individuen ihr politisches Handeln an der Maximierung ihres eigenen Nutzens ausrichteten, das auf rationalen, wenngleich beschränkten individuellen Überlegungen basieren würde, breiten Raum ein. Eine Vielzahl psychologischer Studien konnte jedoch aufzeigen, dass individuelles Verhalten oftmals nicht allein rational begründbar ist. Demnach sind Individuen im Allgemeinen bestrebt, im Einklang mit ihren Persönlichkeitsmerkmalen, Werten, Überzeugungen und sozialen Identitäten zu agieren. Als fehlbare 'Informationsverarbeiter' lassen sie sich oftmals von unzutreffenden Wahrnehmungen ihrer Umgebung leiten, wobei hierbei, wie weiter oben bereits angeführt, emotionale Aspekte ebenfalls zum Tragen kommen.

Der Erkenntnisgewinn, der sich mit Hilfe psychologischer Erklärungsansätze erzielen lässt, löst diese oftmals scheinbare Irrationalität politischer Verhaltensweisen auf, indem die Perspektive um die Anerkennung der Bedeutung affektiver und unbewusster Prozesse erweitert wird.

3 Dieser Abschnitt beruht überwiegend auf Zmerli (2008, S. 103 ff.).

3. Fazit

Individuelle Denkmuster, Gefühle und Bewertungen zu erkennen und deren Wirkungen auf die Entstehung, Intensität und Durchsetzung politischer Präferenzen, Interessen und Entscheidungen zu beleuchten, gelten als zentrale Anliegen der Politischen Psychologie. Insofern fokussieren politisch-psychologische Studien zum einen auf Mechanismen, die politischem Verhalten vorausgehen, zum anderen auf politisches Verhalten selbst. Besondere Beachtung finden hierbei interne Komponenten, wie Persönlichkeit, Kognition, Affekte, Identität, genauso wie Interaktionen zwischen Individuen und Umwelt, Spezifika des umgebenden Milieus, individuelle Erfahrungen, soziale Normen, Kommunikationsprozesse, kulturelle Traditionen etc.

Angesichts der Erkenntnis, dass politische Entscheidungen von unbewussten und emotionalen Prozessen beeinflusst werden, das sich daraus ergebende Verhalten somit nicht zwangsläufig einem rationalen und vorhersagbaren Handeln entspricht und verschiedene individuelle Persönlichkeitseigenschaften mit unterschiedlichen Aktivitäten einhergehen, ist für ein besseres Verständnis individuellen politischen Handelns eine Fülle von Informationen über innerpsychische Komponenten politischer Akteure, ihre Umwelt und den Zeitpunkt ihres Handelns erforderlich, die gleichsam jedoch auf die engen Grenzen der Generalisierbarkeit wissenschaftlicher Aussagen zu den Entstehungsbedingungen politischen Verhaltens hinweist.

All diese Herausforderungen sollten Studierende und Wissenschaftler jedoch nicht entmutigen, sich des theoretischen wie methodologischen Wissensbestands der Politischen Psychologie zu bedienen. In diesem Sinne sind die nachfolgenden Beiträge als Handreichung zur Einführung in das Themengebiet der Politischen Psychologie zu verstehen, die nicht nur mögliche Antworten auf bislang ungelöste Forschungsfragen bereithalten, sondern vielversprechende Perspektiven für zukünftige Studien aufzeigen.

4. Gliederung und Themenschwerpunkte

Die Konzeption dieses Handbuchs orientiert sich an zwei übergeordneten Zielen. Zum einen erschließen sich erstmals die Themengebiete der Politischen Psychologie in ihrer Breite, Aktualität und wissenschaftlichen Relevanz einer deutschsprachigen Leserschaft. Zum anderen werden die theoretischen Ausführungen in allen Handbuchbeiträgen auch am Beispiel deutscher empirischer Studien veranschaulicht.

Thematisch gliedert sich dieses Handbuch in zwei Abschnitte, die trotz gewisser Überschneidungen im Wesentlichen zwei unterschiedlichen Analyseebenen zugeordnet werden können. Politisch-psychologische Forschungsansätze und Befunde der *Individualebene* kennzeichnen Kapitel 4 bis 11. Die nachfolgenden Beiträge fokussieren demgegenüber auf Kommunikations- oder Gruppenprozesse, kulturelle Dispositionen und Aspekte internationaler Beziehungen oder gewaltsamer Konflikte und deren Beilegung. Eine einführende Darstellung der Politischen Psychologie sowie ihrer vielschichtigen institutionellen Entwicklung in Deutschland bereiten zunächst die Grundlage für die darauffolgenden themenspezifischen Beiträge. Deren inhaltliche Struktur folgt einer einheitlichen Systematik. So werden zunächst Definitionen, Theorieansätze und typische Fragestellungen erörtert und anschließend anhand empirischer Befunde veranschaulicht. Kritische Auseinandersetzungen mit den Stärken und Schwächen der vorgestellten

Erklärungsansätze sowie Ausblicke auf zukünftige Forschungsperspektiven runden die Beiträge ab.

Zur besseren inhaltlichen Übersicht werden die thematischen Schwerpunkte der Einzelbeiträge nachfolgend kurz skizziert.

Der Überblicksbeitrag zur Politischen Psychologie von *Peter Suedfeld* und *Rajiv S. Jhangiani* beschreibt das breite Spektrum politisch-psychologischer Fragestellungen, erläutert ihre wissenschaftliche Interdisziplinarität, ihre daraus resultierende methodologische Vielfalt und diskutiert mögliche zukünftige Trends.

Franziska Deutsch und *Klaus Boehnke* beschreiben in ihrem Kapitel hingegen die historische Entwicklung der Politischen Psychologie, wobei das Hauptaugenmerk der Autoren dem zwanzigsten Jahrhundert und seinen wegweisenden Theoretikern gilt. Ferner wird erstmals die institutionelle Geschichte der Politischen Psychologie in Deutschland von der Weimarer Republik bis hin zur Gegenwart umfassend aufbereitet und vorgestellt.

Ob und inwieweit die individuelle Persönlichkeit mit unterschiedlichen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen einhergeht, steht im Mittelpunkt des Beitrags von *Christian Kandler*, *Rainer Riemann* und *Anke Hufer-Thamm*. Besondere Beachtung finden hierbei politische Implikationen der sogenannten 'Big Five'; Persönlichkeitseigenschaften, die in unterschiedlicher Ausprägung in jedem Menschen angelegt sind. Neuere Befunde zur spezifischen Ausprägung der 'Big Five' unter deutschen Politikern komplettieren die Ausführungen der Autoren.

Der politischen Sozialisation, als 'klassischem' Themenfeld der Politischen Psychologie, wenden sich *Susanne Rippl*, *Christian Seipel* und *Angela Kindervater* in ihrem Handbuchbeitrag zu. Eingehend erläutern sie die Bandbreite politisch-psychologischer Funktionen der verschiedenen im Lebensverlauf relevanten Sozialisationsagenten. Dazu zählen Familie, Schule oder individuelle Bezugsgruppen genauso wie Medien. Ferner diskutieren die Autoren, inwiefern politische Sozialisationsprozesse durch "Civic Education" gezielt unterstützt werden.

In ihrem Beitrag zur individuellen Informationsverarbeitung und Entscheidungsfindung erläutern *Michael F. Meffert* und *Sonja Zmerli* die zunehmende Komplexität dieses Forschungsgebiets, die nicht zuletzt auf jüngste technologische Fortschritte im Bereich der Datenerhebung und -auswertung zurückzuführen ist. Insbesondere Impulse aus der neurowissenschaftlichen Forschung stärken demnach Zweifel an der Existenz ausschließlich rational handelnder Individuen.

Neueste Erkenntnisse zur Verarbeitung politischer Informationen fließen ferner in einen weiteren zentralen Forschungszweig der Politischen Psychologie ein, den *Sascha Huber* und *Markus Steinbrecher* in ihrem Beitrag über Wahlverhalten und politische Einstellungen vorstellen. Systematisch erarbeiten die Autoren einen Überblick über den substantiellen Beitrag, den politisch-psychologische Forschung zur Weiterentwicklung dominierender Theorieschulen zu leisten vermag.

Wie *Tobias Rothmund* und *Kai Arzheimer* in ihrem Beitrag zu politischen Ideologien aufzeigen, erfährt auch dieser Forschungszweig aufgrund neuester Erkenntnisse der Politischen Psychologie bedeutsame Impulse. Vielsprechende Perspektiven eröffnen beispielsweise Befunde

zu genetischen und neurologischen Korrelaten, Mechanismen der Informationsverarbeitung sowie der Bedeutung der 'Big Five'.

Zweifellos zählt die Autoritarismusforschung zu einem weiteren in der Politischen Psychologie bereits langjährig etablierten Themenfeld, dessen theoretische Ursprünge und zentrale Entwicklungen von *Christian Seipel*, *Susanne Rippl* und *Angela Kindervater* erläutert werden. Demnach erweisen sich insbesondere jüngere Erklärungsansätze autoritärer Einstellungen, wie z. B. das nach Altemeyer benannte Konzept des "Right-Wing Authoritarianism" oder die Theorie der sozialen Dominanz sowie Bindungstheorien, als fruchtbare Weiterentwicklungen.

Der nachfolgende Handbuchbeitrag von *Henrik Gast* und *Simon Bein* widmet sich der Dualität politischer Führung, die auf dem wechselseitigen Verhältnis zwischen politischem Führer und Gefolgschaft beruht. Führerzentrierte Erklärungsansätze, die Motivationen, Eigenschaften und Kognitionen politischer Führer berücksichtigen, stehen gleichberechtigt neben gefolgschaftszentrierter Forschung, die sich der Aussagekraft verschiedener Attributionstheorien bedient.

Eine grundlegend neuartige Forschungsperspektive eröffnen Erkenntnisse zu den biologischen Grundlagen politischen Verhaltens, die im Beitrag von *Rainer Riemann* und *Christian Kandler* eingehend dargestellt werden. Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stehen wegweisende Befunde der politischen Neurowissenschaft zu politischen Kognitionen, politischen Orientierungen oder Intergruppenbeziehungen genauso wie verhaltensgenetische Untersuchungen, die zudem das Zusammenwirken genetischer Anlagen und Umweltbedingungen berücksichtigen.

Im Unterschied zu den jüngsten Entwicklungen, die sich auf biologische Studien stützen, zählt die Kunst der politischen Überzeugung, die politische Rhetorik, zum ursprünglichen Kanon der Politischen Psychologie. In seinem Beitrag beschreibt *Ofer Feldman* Stile, Inhalte und Wirkungen der politischen Rhetorik, die ohne Kenntnis des kulturellen Kontexts jedoch nicht angemessen eingeordnet und interpretiert werden können.

Als unverzichtbare Übermittler und Verstärker der politischen Rhetorik gelten ferner Massenmedien, deren politisch-psychologisch wirksame Aspekte in *Jürgen Maiers* und *Anna-Maria Renners* Handbuchbeitrag erläutert werden. Thematisiert werden u. a. neueste Befunde aus der Medienwirkungsforschung, die nicht zuletzt auf den Gebieten des Agenda-Setting, Framing und Priming weiterführende Erkenntnisse hervorgebracht hat.

Wie *Bernhard Leidner*, *Linda L. Tropp*, *Brian Lickel* und *Mengyao Li* im nachfolgenden Kapitel über die Politische Psychologie von Gruppen darlegen, leistet die Theorie der sozialen Identität, als Bindeglied zwischen Individuum und Gruppe, einen unverzichtbaren Beitrag zur Erklärung von Gruppenverhalten, -orientierungen und -identifikationen. Welche Bedeutung der Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppe beim Entstehen und Lösen von Intergruppenkonflikten zukommt, bildet einen weiteren Themenschwerpunkt ihrer Ausführungen.

Weitere vertiefende Einblicke in gruppenbezogene Mechanismen ermöglichen *Leonie Huddy*, *Raynee Gutting* und *Stanley Feldman* mit ihrem Beitrag über Intergruppenvorurteile und Stereotype. Während Stereotype, als soziale Kategorisierungen, auf der kognitiven Ebene verankert sind, gelten Vorurteile als Ausdruck des affektiven Systems und haben vielfach diskrimi-

nierendes Verhalten gegenüber Mitgliedern von Fremdgruppen zur Folge. Ferner erläutern die Autoren neueste Befunde, die den Stellenwert des Unterbewussten bei Stereotypisierungsprozessen und der Vorurteilsbildung belegen.

In ihrem Kapitel zur zunehmenden Bedeutung der Kultur in der Politischen Psychologie argumentieren *Katja Hanke* und *Franziska Deutsch*, dass zum Verständnis politischen Verhaltens auch die jeweiligen kulturellen Grundlagen geteilter Identitäten, Werte, Normen oder Repräsentationen berücksichtigt werden müssten. Eine Erweiterung des Kulturverständnisses über die politische Kulturforschung hinaus erscheint demzufolge in der Politischen Psychologie als dringend geboten.

Mit der Politischen Psychologie des Terrorismus befassen sich *Michaela Pfundmair* und *Jerrold M. Post†* in ihrem Handbuchbeitrag und somit mit einem Themengebiet, dessen politische Brisanz nichts an Aktualität eingebüßt hat. Neben den historischen Ursprüngen des Terrorismus stellen die Autoren zentrale Akteure und deren politische Anliegen vor und diskutieren ihre handlungsleitenden Motive.

Politisch-psychologische Erklärungsansätze, wie die weithin rezipierte Polyheuristische Theorie, der Operational Code-Ansatz oder der Leadership Trait Assessment-Ansatz, zählen inzwischen zum etablierten theoretischen Repertoire der internationalen Außenpolitikforschung und der Internationalen Beziehungen. Neben deren Beitrag zur Analyse der Handlungsmotivation außenpolitischer Akteure erläutert *Cornelia Frank* überdies die Gefahren, die von Groupthink-Situationen ausgehen und zu suboptimalen außenpolitischen Entscheidungen führen können.

In ihrem nachfolgenden Beitrag erörtert *Cornelia Frank* am Beispiel der weithin beachteten Prospect Theory und des Rubikon-Modells den politisch-psychologischen Erkenntnisgewinn, der sich zudem für die Sicherheits- und Konfliktforschung ergibt. Gleichermassen vermittelt die Politische Psychologie, nicht zuletzt unter Rückgriff auf psychoanalytische und psychodynamische Erklärungsansätze, einen vielversprechenden Zugang zum Verständnis psychologischer Mechanismen und Wirkungen von Abschreckungspolitikern oder ethnischer Konflikte.

Aus der Perspektive der politisch-psychologischen Friedensforschung erläutern *Soli Vered* und *Daniel Bar-Tal* schließlich die Grundbedingungen der dauerhaften Friedenskonsolidierung, die sich in verschiedenen friedensstiftenden Phasen vollzieht. Hierbei richtet sich ihr Blick zum einen auf die Funktion relevanter Akteure, wie z. B. politischer Führer, Medien oder zivilgesellschaftlicher Vereinigungen, zum anderen auf die Bedeutung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Noch unter dem Eindruck der weltweit grassierenden Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen umfassenden und vielschichtigen Restriktionen steht die Bedeutung von Resilienz mittlerweile außer Frage. Ein bislang überwiegend in der psychologischen Forschung gängiger Untersuchungsgegenstand findet demzufolge nun auch seinen Weg in die politikwissenschaftliche Forschungspraxis und somit auch in die zweite Auflage dieses Bandes. *Shaul Kimbi* und *Yohanan Eshel*, zwei Pioniere auf diesem Gebiet, erläutern verschiedene Resilienzkonzepte und geben einen Überblick über jüngste empirische Befunde israelischer Studien.

Literaturverzeichnis

- Brader, T., Marcus, G. E., & Miller, K. L. (2011). Emotion and public opinion. In R. Y. Shapiro & L. R. Jacobs (Hrsg.), *Oxford handbook of American public opinion and the media* (S. 384-401). Oxford, u. a.: Oxford University Press.
- Bullock, A., & Stallybrass, O. (1977). *The Harper dictionary of modern thought*. New York: Harper & Row.
- Cottam, M. L., Dietz-Uhler, B., Mastors, E., & Preston, T. (2009). *Introduction to political psychology* (2. Aufl.). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
- Feldman, O. (2011). *Seiji shinrigaku* (Political psychology, 2. Aufl.). Kyoto: Mineruba Shobo.
- Fiske, S. T., & Taylor, S. E. (1991). *Social cognition* (2. Aufl.). New York, NY: McGraw-Hill.
- Huddy, L., Sears, D. O., & Levy, J. S. (Hrsg.) (2013). *The Oxford handbook of political psychology* (2. Aufl.). Oxford, u. a.: Oxford University Press.
- Lewin, K. (1936). *Principles of topological psychology*. New York, NY: McGraw-Hill.
- MacKuen, M., Wokak, J., Keele, L., & Marcus, G. E. (2010). Civic engagements: Resolute partisanship or reflective deliberation. *American Journal of Political Science*, 54, 440-458.
- Marcus, G. E., & MacKuen, M. B. (1993). Anxiety, enthusiasm, and the vote: The emotional underpinnings of learning and involvement during presidential campaigns. *American Political Science Review*, 87, 672-685.
- Mondak, Jeffery J. (2010). *Personality and the foundations of political behaviour*. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Mummendey, A., & Otten, S. (2002). Theorien intergruppalen Verhaltens. In D. Frey & M. Irle (Hrsg.), *Theorien der Sozialpsychologie. Bd. II. Gruppen-, Interaktions- und Lerntheorien* (2. Aufl., S. 95-119). Bern: Hans Huber.
- Pittman, T. S. (1998). Motivation, In D. T. Gilbert, S. T. Fiske, & G. Lindzey (Hrsg.), *The handbook of social psychology, Band 1* (4. Aufl., S. 549-590). New York, NY: McGraw-Hill.
- Turner, J. C., & Onorato, R. S. (1999). Social identity, personality, and the self-concept: A self-categorization perspective. In T. Tyler, R. M. Kramer, & O. P. John (Hrsg.), *The psychology of the social self* (S. 11-46). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
- Zmerli, S. (2008). *Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland. Grundlagen, Erscheinungsformen und Erklärungspotential eines alternativen theoretischen Konzepts*. Baden-Baden: Nomos.

II.

Was ist Politische Psychologie?

Peter Suedfeld und Rajiv S. Jhangiani

1. Was ist Politische Psychologie?

Die Welt ist durchdrungen von Politik und war es vermutlich auch schon im weitesten Sinne, bevor die (moderne) Menschheit die Weltbühne betrat. Wenn es bei Politik um Phänomene wie Macht, Zugang zu Ressourcen, Gruppenzusammenhalt, Beziehungen zu anderen Gruppen und dergleichen geht, dann haben vermutlich auch schon die Vormenschen (*Prähominidae*) politisches Verhalten an den Tag gelegt (wie auch heute noch die meisten Tiere). Als *Homo sapiens* engagieren wir uns schon immer in politischen Aktivitäten, wie historische Aufzeichnungen und selbst Legenden belegen. Auch ein Großteil unserer heutigen Zeit ist der Politik gewidmet. Obwohl in der Vergangenheit immer wieder der Versuch unternommen wurde, eine Trennung zwischen Privatleben und politischem Leben vorzunehmen, gehen einige ideologisch Motivierte dennoch so weit zu behaupten, dass selbst das Private politisch sei. Dies ist – offensichtlich – eine nicht belegbare, rein subjektive Aussage aus persönlicher Überzeugung, wenn auch eine, die die Bedeutung der Politik für manche Menschen sichtbar macht. Gleichwohl muss berücksichtigt werden, dass die oben angesprochenen Phänomene für jede Ebene menschlicher Interaktion von Bedeutung sind – von der Familie bis hin zur globalen internationalen Gemeinschaft.

So haben schon die Philosophen die Rolle der Psychologie im politischen Verhalten untersucht, und zwar lange bevor die Psychologie als Disziplin entstanden war. Dies geht aus verschiedenen Betrachtungen hervor, die sich von Platons Empfehlungen für unparteiische und nach Gerechtigkeit strebende Philosophenkönige bis hin zu Machiavellis pragmatischer, amoralischer Analyse einer frühen Form der Realpolitik erstrecken – darin gibt er Ratschläge, wie Anführer erfolgreich sein können, indem sie täuschen, manipulieren und, wenn erforderlich, jene beseitigen, die sich als Gegner herausstellen oder dies in Zukunft sein könnten. Was dabei allerdings oft übersehen wird, ist, dass Machiavelli dies gleichermaßen auch als Ratschlag für eine gute Regierung verstand. Diese Ansätze sind den modernen Politischen Psychologen wohl bekannt, jedoch handelt es sich bei der modernen Politischen Psychologie um ein weitaus größeres Unterfangen. Als interdisziplinäres Studium der politischen Aspekte menschlichen politischen Verhaltens gewidmet, „erforscht [die Politische Psychologie] die Grenze zwischen den intellektuellen Hoheitsgebieten der Politikwissenschaft und der Psychologie“¹ (Jost & Sidanius, 2004, S. 1). Dabei werden u. a. Themen wie Wahlpolitik, die Gestaltung der öffentlichen Politik, Leadership, Entscheidungsfindungen durch Eliten, Intergruppenbeziehungen, Persönlichkeit und politische Ideologie, politische Gewalt und Konfliktlösung einbezogen.

1 Original: (...) *explores the border that runs between the intellectual nations of political science and psychology.*

Die Politische Psychologie untersucht das politische Verhalten der Eliten und der Massen. In beiden Fällen geht es um die Erforschung der gegenseitigen Interdependenz von politischem Verhalten, Individualpsychologie und (bzw. in) dem politischen Kontext. Dementsprechend können Marx' revolutionäre Theorie, Freuds Begriff des *Thanatos* (oder Todestrieb), die Untersuchungen von Adorno und seinen Kollegen zur Entwicklung des Autoritarismus, etc. allesamt als Produkte der jeweiligen politischen Kontexte gesehen werden, insbesondere, da sie den politischen Diskurs für die kommenden Jahrzehnte befeuern sollten.

Die Politische Psychologie betrachtet persönliche und Umweltfaktoren als miteinander verknüpfte statt als verschiedene separate Einflüsse, wobei die Psychologie des Einzelnen in den vielen Schichten seines politischen Kontextes eingebettet ist. Wir können nicht davon ausgehen, dass wir das politische Verhalten eines Kanzlers oder eines Terroristen verstehen (können), ohne vorher seine oder ihre Persönlichkeit, situationsbedingte Einschränkungen, die vorherrschenden sozialen und kulturellen Normen sowie den größeren wirtschaftlichen, historischen und geopolitischen Kontext zu untersuchen. Das Verständnis des politischen Verhaltens wiederum ermöglicht es uns, Prognosen abzugeben, z. B. auch zu wahrscheinlich bevorstehenden Entscheidungen und Handlungen einzelner politischer Akteure. Diese Vorhersagen sind natürlich aufgrund der Ungewissheiten und vielen Faktoren des menschlichen Verhaltens nicht unbedingt korrekt.

Schließlich kommt – wie bei allen wissenschaftlichen Erkenntnissen – mit dem Verständnis auch die Möglichkeit der Beeinflussung, wie z. B. mit der Entwicklung von effektiven Wahlkampagnen für Kandidatinnen und Kandidaten unterschiedlicher ideologischer Couleur und politischer Absichten oder mit der Schaffung von Programmen zur De-Radikalisierung, Radikalisierung oder gar Re-Radikalisierung.

2. Wer sind Politische Psychologen?

Innerhalb der allgemeinen Disziplin der Psychologie zählt zu den Politischen Psychologen eine heterogene Gruppe aus klinischen Psychologen, Sozial-, Persönlichkeits-, Entwicklungs-, Organisations-, Umwelt-, Evolutions- und seit kurzem auch Neuropsychologen. Ihre theoretischen Grundlagen beziehen sie aus nahezu allen Gebieten: Tiefenpsychologie, Behaviorismus, Kognitionspsychologie, existentielle Psychologie, u.v.m. Doch sind nicht alle Politische Psychologen auch gleichzeitig Psychologen, auch wenn im Prinzip die Anwendung psychologischer Fachkenntnisse in dieses Gebiet fällt. Viele Vertreter dieses Fachs sehen sich selbst als Politikwissenschaftler, Soziologen, Ökonomen, Historiker, Literaturkritiker, Psychiater, Medienexperten, Rechtswissenschaftler, politische Analytiker oder Militärstrategen.

Die von den Politischen Psychologen angewandten Methoden variieren folglich ihren jeweiligen Disziplinen und Forschungsinhalten entsprechend und umfassen quantitative, statistische, qualitative und narrative Erhebungsverfahren. Im Einzelnen zählen hierzu Labor- und Feldversuche, Archivrecherchen, Umfragen, Längsschnittstudien, Meta-Analysen, Interviews und Fallstudien. Obgleich dies auf den ersten Blick chaotisch erscheint, zählt die Diversität innerhalb dieses Gebiets und die sich daraus ergebende Fähigkeit, Erkenntnisse aus einer Vielzahl von

Disziplinen und Spezialgebieten zu gewinnen, zu den wohl größten Stärken der Politischen Psychologie.

Die größte Organisation in diesem Fach ist die *International Society of Political Psychology (ISPP)*. Sie wurde 1978 gegründet und zählt heute nahezu 1000 Mitglieder. Ihre Mitglieder kommen aus den verschiedenen bereits genannten Disziplinen aus aller Welt.

Um ihre multinationale Reichweite auszubauen, finden die Jahrestagungen immer an einem anderen Ort statt. Dabei wird nach einem Rotationsprinzip zwischen Nordamerika (USA, Kanada und Mexiko), Europa und weiteren Orten (außerhalb Nordamerikas und Europas) verfahren. Dadurch haben Politische Psychologen und interessierte Studierende weltweit zu mindest ab und an die Gelegenheit, mit einem relativ geringen Kosten- und Reiseaufwand an den Konferenzen teilzunehmen.

Die Vielfältigkeit dieses Fachgebiets und seiner Teilgebiete spiegelt sich auch in den breit gestreuten Herkunftsländern der Mitglieder und den von ihnen weltweit untersuchten Themen wider. So ergab zum Beispiel eine Analyse der von Januar 2015 bis Dezember 2019 erschienenen Ausgaben von *Political Psychology*, der wichtigsten Fachzeitschrift der ISPP, dass zwischen 58 und 66 Prozent der empirischen Artikel von Wissenschaftlern verfasst wurden, die aus Ländern außerhalb der Vereinigten Staaten und Kanada, unter anderem aus Ländern in West- und Osteuropa, dem Nahen Osten, Südamerika, Asien, Afrika und Australasien stammen. Zu den in diesem Zeitraum behandelten Themen zählen rechtsextremes Wahlverhalten in Westeuropa, Intergruppeneinstellungen in Ruanda, Burundi und im Osten der Demokratischen Republik Kongo, soziale Identifikation während eines einmonatigen Hindu-Festivals in Nordindien, Selbstzensur unter Israelis, die psychosozialen Auswirkungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Peru, Zuschreibungen für den Holocaust in ganz Europa, männliche Ehre und sozialer Aktivismus in Italien, Identitätsunsicherheit in Südkorea, migrationsfeindliche Vorurteile in Ostasien und außenpolitische Orientierungen und nationale Identität in Irland. Die Kritik, dass sich psychologische Forschung und Publikationen auf westliche und vor allem amerikanische Themen konzentrierten (z. B. Arnett, 2008; Henrich, Heine, & Norenzayan, 2010), ist im Fall dieser Zeitschrift sicherlich weniger berechtigt als in den meisten anderen. Allein die Vielfalt dieser Liste belegt die Heterogenität der Interessen und die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten dieser Disziplin, sie erschwert aber auch gleichzeitig die Bestimmung einer gemeinsamen Grundlage. Wenn sich für die Politische Psychologie ein allgemeines theoretisches Fundament identifizieren lässt, dann ist es möglicherweise Kurt Lewins berühmte Formel, die besagt, dass Verhalten eine Funktion der Interaktion zwischen Person und Umwelt ist $[V = f(P \times U)]^2$ – oder, anders ausgedrückt, zwischen internen und externen Faktoren. Zu den wichtigen internen Faktoren zählen Charaktermerkmale bzw. persönliche Eigenschaften, Temperament, genetische Dispositionen, demographische Merkmale, Einstellungen, Überzeugungen, Ideologie, Werte, temporärer (mentaler) Zustand, wie Stimmung, emotionale und physische Unruhe, Energieniveau und Gesundheit. Äußere Faktoren sind die physische, soziale, politische und informationelle Umwelt.

2 Original: $[B = f(P \times E)]$.

Entsprechend ist beispielsweise die Wahlbeteiligung im Vergleich zwischen Konservativen und Liberalen ein Produkt der frühen Prägung bzw. des frühen Lernens, der Ansichten der jeweiligen sozialen Kreise, ihres Geschlechts, des Alters und der sozioökonomischen Klasse, des Weiteren der stabilen Persönlichkeitskomponenten (u. a. kognitive Flexibilität, Abenteuerlust/Risikobereitschaft, Altruismus, Gefahrentoleranz), der Lebensphilosophie, der religiösen Überzeugungen und – nach neuesten Erkenntnissen – der genetischen Veranlagung. Im Gegenzug stehen Konservatismus und Liberalismus in Wechselwirkung mit wirtschaftlichen Bedingungen, internationalen Bedrohungen, der wahrgenommenen Persönlichkeit politischer Führer und der Medienberichterstattung, die die persönliche Reaktion des Einzelnen auf soziale und politische Programme und auf Kandidaten beeinflussen.

Dieser allgemeine, interaktive Ausdruck kann auf eine große Bandbreite an spezifischen Theorien und Modellen angewendet werden, wobei die relativen Rollen bzw. Bedeutungen der jeweiligen internen und externen Komponenten von einer Theorie zur anderen unterschiedlich gewichtet werden. So stellt z. B. die in der Politischen Psychologie als wegbereitende Arbeit geltende Veröffentlichung *The Authoritarian Personality* (Adorno, Frenkel-Brunswick, Levinson, & Sanford, 1950) fest, dass kulturelle und familiäre Traditionen und Gewohnheiten in der Kindererziehung die primäre Ursache für die Empfänglichkeit der Menschen für faschistische Propaganda und für eine Politik sind, die den Gehorsam gegenüber autoritären Figuren und Feindlichkeit gegenüber Andersdenkenden und „Außenseiter“-Bevölkerungsgruppen sowie Vorbehalte bzw. Abneigungen gegenüber Veränderungen und Unsicherheit fördern. Obwohl bei der Gestaltung der persönlichen Sichtweise vorrangig externe Kräfte wirken, wird das Ergebnis internalisiert. Diese (nun interne) Eigenschaft beginnt eigenständig, nicht nur eine Vorliebe für ethnozentrische, geordnete, unkritische und vertikale bzw. hierarchisch geordnete soziopolitische Strukturen zu entwickeln, sondern verankert diese auch in Form ähnlicher Präferenzen am Arbeitsplatz, in der persönlichen Moral, der Unterhaltung und sogar in der nächsten Familiengeneration.

Interessanterweise lässt sich ein Entwurf dieser interaktionistischen Sichtweise bei der ersten Erwähnung des Begriffs „Politische Psychologie“ vor über 160 Jahren im Titel von Ausgabe 3 des *Magnus Opus* von Adolf Bastian (1860) finden. Bastian war ein deutscher Pionier auf dem Gebiet der modernen Anthropologie und Ethnologie und nahm in seiner Arbeit gewissermaßen einige Aspekte der heutigen Politischen Psychologie vorweg. Er war zum Beispiel der Ansicht, dass eine Wissenschaft vom Menschen möglich ist: Er verglich die Aufgabe der Psychologie beim Studium des Menschen mit der der Chemie und Physik beim Studium der unbelebten Materie bzw. mit der Pflanzen- und Tierphysiologie beim Studium des organischen Lebens. Er argumentierte, dass für diese Forschung von der Ebene der Gruppe und nicht des Individuums auszugehen sei und ging davon aus, dass es in der menschlichen Psychologie übergeordnete Universalien gäbe, die Ausprägung dieser Universalien aber durch lokale Traditionen und Umstände beeinflusst worden seien (wie es sich in der Formel $[V = f(P \times U)]$ wiederfindet).

3. Was tun Politische Psychologen?

Es ist kein Zufall, dass die Themen der Politischen Psychologie die Tendenz haben, die Interessen und das gesammelte Fachwissen ihres intellektuellen Ursprungs, der Sozialpsychologie,

widerzuspiegeln (z. B. Persuasion, Entscheidungsfindung, Gruppendynamik, Vorurteil, Aggression, etc.). Allerdings gehen die Grenzen der Politischen Psychologie viel weiter auseinander als es bei ihrem Vorgänger der Fall ist. Das Beschäftigungsfeld ist zu vielfältig und hat keinen festen gemeinsamen Kern, um die Grenzen klar zu definieren, so dass sich die Vertreter der Politischen Psychologie in einer Art Schnittstellenbereich zwischen Psychologie und Politik bewegen. So muss die vermutlich der Wahrheit am nächsten kommende (wenn auch nicht hilfreiche) Antwort auf die Frage „Was ist Politische Psychologie?“ lauten: „Das, was Politische Psychologen tun“.

Ein Leitfaden für die Inhalte dieses Fachgebiets resultiert aus einem Blick auf die Themen, die in den drei umfangreichsten veröffentlichten Kompendien behandelt werden: das *Handbook of Political Psychology* (Knutson, 1973), der Nachfolgeband *Political Psychology* (Hermann, 1986) und das *Oxford Handbook of Political Psychology* (Huddy, Sears, & Levy, 2013) sowie auch die in dem Inhaltsverzeichnis des vorliegenden Buchs, dessen erste Auflage 2015 erschien, aufgeführten Themen.

Es ist festzustellen, dass in den drei erstgenannten Bänden manche Inhalte gleich sind. Alle bieten eine Art Zusammenfassung der Historie dieser Disziplin und umfangreiche Untersuchungen der relevanten Aspekte von Persönlichkeitspsychologie, Individual- und Gruppenentwicklung und -sozialisation, Einstellungen und Überzeugungen, von politischer Ideologie, Führung, Entscheidungsfindung, Konflikt (einschließlich politischer Gewalt und Kriege) und Konfliktlösung, von Außenpolitik und internationalen Beziehungen sowie vom Verhalten der Massen. Auch die Einstellungen und das Verhalten von Wählern werden behandelt. Dies macht in diesem Gebiet einen sehr aktiven Bereich aus, auch wenn es dazu kein eigenes Kapitel mit diesem Titelthema gibt.

Das Buch von Hermann enthält eigene Kapitel zu Protestbewegungen und Terrorismus und darüber, wie die US-Amerikaner ihre Präsidenten einschätzen und beurteilen sowie eine Übersicht der Politischen Psychologie in Lateinamerika, Westeuropa und Asien. Interessanterweise bietet das Buch keine entsprechende Übersicht über die israelische Politische Psychologie, die eine der lebendigsten außerhalb Nordamerikas ist. Das Kapitel über biologische Grundlagen politischen Verhaltens liefert auch Betrachtungen darüber, was wir aus dem Verhaltensstudium von Tieren lernen können, nennt potenzielle biologische Einflüsse auf politisches Verhalten und erkennt erstmals in diesem Zusammenhang physiologische Messwerte an, wie z. B. Veränderungen des Blutdrucks und der Herzfrequenz. Damit wurde bereits der in heutiger Zeit zunehmende Einsatz hoch entwickelter Messverfahren vorausgesagt, wie z. B. die Bildgebung des menschlichen Gehirns zur Erforschung tiefer liegender Begleiterscheinungen von Einstellungen, Interessen und der Informationsverarbeitung.

Das *Oxford Handbook* gibt insgesamt die Entwicklungen in Wissenschaft und Psychologie wieder, wobei einzelne Kapitel evolutionäre und genetische Aspekte des politischen Verhaltens, Kommunikation, Rhetorik, soziale Gerechtigkeit sowie migrationsbezogene und multikulturelle Themen untersuchen. Kapitel zu Psychohistorie und/oder Psychobiographie kommen in allen drei Werken vor, wobei Knutson noch zusätzlich einen Abschnitt der Forschungsmethodik

mit Kapiteln zum Umgang und zur Verwendung von Umfragen, Experimenten, Simulationen und projektiven Techniken gewidmet hat.

Beim Vergleich des Inhalts des vorliegenden Bands mit dem seiner drei Vorgänger finden sich zahlreiche Überschneidungen. Angesichts des Anspruchs dieser Bücher, dem Leser eine Übersicht über das Gebiet zu verschaffen, ist dies offensichtlich unvermeidbar. Doch bietet dieses Handbuch nicht nur einen umfassenderen und aktuelleren Überblick, es ist auch in Bezug auf die behandelten Inhalte internationaler ausgerichtet. Indem die globale Sicht im Vergleich zu ihren Vorgängern maßgeblich erweitert wurde, legen diese Kapitel einen deutlichen Schwerpunkt auf die Forschungsarbeit, die außerhalb Nordamerikas vorangetrieben wurde. Zusätzlich behandelt ein eigenes Kapitel speziell die Beziehung zwischen Politischer Psychologie und Kultur. Wie bereits bei der früheren Analyse der in *Political Psychology* veröffentlichten Artikel dargestellt, entsprechen diese Beiträge in hohem Maße der aktuellen Situation auf diesem Gebiet.

4. Politische vs. politisierte Psychologie

Kann Politische Psychologie „betrieben“ werden, ohne dass diese Betätigung selbst zu einem politischen Akt wird? Ein Hauptproblem, das viele Wissenschaftszweige beschäftigt – wobei dies vermutlich mehr die Politische Psychologie als die anderen Unterdisziplinen unserer Hauptdisziplin betrifft – sind unwissenschaftliche Werte bzw. deren Stellenwert in der wissenschaftlichen Theorie und Forschung. Die Mehrheit der Wissenschaftler postuliert, dass die Wissenschaft nur das erforschen kann, was war und ist und diese Erkenntnisse können das beeinflussen, was sein wird – aber sie kann nicht bestimmen, was sein sollte. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Frage nach dem „Guten“ nicht von der naturwissenschaftlichen Forschung beantwortet werden kann. Dies gehört zum Bereich der Philosophie und der Religion bzw. der Politik selbst. So existiert zum Beispiel keine wissenschaftliche Grundlage für die Entscheidung zwischen Platon oder Machiavelli. Es ist immer alles davon abhängig, mit welchen Zielen sich der Leser identifizieren kann und wessen Methoden er als ethisch oder moralisch vertretbar erachtet. Mit anderen Worten, es ist von der eigenen politischen Überzeugung abhängig.

Die relative Sicherheit dieser Position wird jedoch durch Hinweise erschüttert, die darauf hindeuten, dass sogar der wissenschaftliche Prozess selbst häufig von Subjektivität und politischer Voreingenommenheit beeinflusst wird, seien es (politisch motivierte) Finanzierungsquellen, die die freie Wahl des Forschungsgegenstands einschränken, statistische Analysen, die durch subtile Entscheidungen in Bezug auf die Angemessenheit beeinflusst werden oder noch dubiosere statistische Manipulationen, die zu „p-Hacking“ führen (z. B. durch Veränderung der Stichprobe, bis die gewünschte statistische Signifikanz bzw. deren Äquivalent, der gewünschte p-Wert – häufig 0,05 – erreicht ist), das so genannte „Schubladenproblem“ (Arbeiten ohne Ergebnisse bleiben unveröffentlicht), die Wahl der Veröffentlichungsform, die die Endgestaltung des schriftlichen Berichts beeinflusst und die Voreingenommenheit der Gutachter und Lektoren, die entscheiden, ob ein Forschungsbeitrag jemals veröffentlicht wird. All diese Faktoren mögen neben der Bedeutung der politischen Einstellungen der Forscher selbst verblassen. Tetlock (1994) stellt hierzu fest: „Es macht kaum Sinn, zu behaupten, sich der wissenschaftlichen Suche nach einem ursächlichem Verständnis zu widmen, wenn die Antworten vorher festgelegt

oder sogar bestimmte Vorgaben gemacht werden, wie die Fragestellung zu formulieren ist. In der Wissenschaft wird ein Grad an Unvoreingenommenheit bzw. Aufgeschlossenheit vorausgesetzt, der bei einem starken politischen Engagement nicht möglich ist“ (S. 515).³ Aus diesem Grund und angesichts der Natur ihrer Arbeit sollten Politische Psychologen besonderen Wert darauf legen, die Auswirkungen ihrer politischen Voreingenommenheit bei der Gestaltung des Forschungsdesigns und des Argumentationsaufbaus auf ein Minimum zu reduzieren.

Natürlich versucht man in allen Wissenschaftsbereichen, die potenziellen Effekte der Verzerrung durch Voreingenommenheit mittels verschiedener Maßnahmen zu mildern: Selbstregulierung, methodische Strenge, (anonyme) Kontrolle durch gleichrangige Wissenschaftler (*Blind Peer Review*) sowie Bemühungen, die die Reproduzierbarkeit der Ergebnisse sicherstellen sollen. In der Politischen Psychologie wird diesen Bemühungen durch den beachtlichen Fundus an zuverlässigen und stichhaltigen Forschungsergebnissen Rechnung getragen, den dieses Fachgebiet aufweist. Dennoch stellt hier der Mangel an politischer Diversität ein Potenzial für Voreingenommenheit dar.

Das ausführlich dokumentierte Übergewicht linksgerichteter Weltanschauungen unter Sozialwissenschaftlern (Honeycutt & Jussim, 2020) kann zu einem unausgesprochenen Einvernehmen unter allen Beteiligten des Prozesses von der Forschung bis hin zur Veröffentlichung führen; so wie der Fisch das Wasser nicht kennt, so können die verschiedenen Akteure im Laufe dieses Prozesses unbewusst ihre inhärenten politischen Ansichten zum Ausdruck bringen. In der Tat weisen die Sozialwissenschaften im Allgemeinen (einschließlich des gesamten Gebiets der Psychologie) unbestreitbar eine geringere politische Vielfältigkeit auf als je zuvor (Clark & Winegard, 2020; Duarte, Crawford, Stern, Haidt, Jussim & Tetlock, 2014; Eitan, Viganola, Inbar, Dreber, Johannesson, Pfeiffer, Thau, & Uhlmann, 2018). Hierzu besagt zum Beispiel eine durchgeführte Umfrage unter Sozial- und Persönlichkeitspsychologen, dass nur 6 Prozent sich selbst als „insgesamt“ konservativ beschreiben, dass Konservative Bedenken hatten, die eigenen politischen Überzeugungen gegenüber Kollegen zu äußern und dass unter den liberalsten der Umfrageteilnehmer die Wahrscheinlichkeit besonders hoch ist, dass sie ihre konservativen Kollegen bei Einstellungs- und Veröffentlichungsentscheidungen benachteiligen würden (Inbar & Lammers, 2012). Eine jüngere Umfrage, diesmal unter Mitgliedern der Society of Experimental Social Psychology, ergab, dass mehr als 95% der Befragten politisch liberalere Antworten auf Fragen zu einer Reihe von sozialen Themen gaben (Buss & von Hippel, 2018). Wenn auch nach Duarte et al. (2014) die Validität spezifischer Studien nicht unbedingt gefährdet ist, so untergraben der Mangel an Diversität und das damit assoziierte politische Vorurteil das kollektive Unterfangen des wissenschaftlichen Fortschritts durch die Einbettung liberaler Werte und Annahmen in Theorie und Methodik und verengen so den Fokus auf die Themen, die eine liberale Weltansicht bestätigen und die Merkmale und Eigenschaften der Konservativen in der psychologischen Forschung falsch darstellen. Clark und Winegard (2020) identifizierten seither in den Sozialwissenschaften Muster, die darauf hindeuten, dass Effektstärken aufgebauscht, Alternativhypothesen ignoriert und Befunde in einer Weise formuliert werden, die liberale und

3 Original: *It makes little sense to be claiming to be engaged in the scientific pursuit of causal understanding when the answers have been determined in advance or when certain ways of even posing questions are proscribed. Science presupposes a degree of open-mindedness that strong political commitments preclude.*

insbesondere egalitäre Werte betont. Oder wie es Tetlock (1994) bekanntermaßen formuliert: „ist der Weg zur Wissenschaftshölle mit guten moralischen Absichten gepflastert?“ (S. 509).⁴

Zwei warnende Beispiele

Ein gutes Beispiel dafür, wie die Forschungsarbeit in der Politischen Psychologie zu einem moralischen Lehrstück verzerrt werden kann, ist das bahnbrechende Buch *The Authoritarian Personality* (Adorno et al., 1950). Adorno und seine Kollegen haben den Weg für das Konzept und die Terminologie bereitet, die in diesem Gebiet die vermutlich größte Akzeptanz fanden. Die Begriffe „Autoritarismus“ und „autoritärer Charakter“ sowie ihre jeweiligen Varianten finden in den Massenmedien und in der öffentlichen Diskussion häufig Verwendung. So ergibt zum Beispiel eine Google-Suche für den ersten Begriff über 23 Millionen und für den zweiten Begriff über 11 Millionen Einträge.

Dabei werden diese Termini häufig abwertend verwendet: Einen Politiker, eine Politik oder eine Regierung als „autoritär“ zu bezeichnen, impliziert häufig eine diktatorische, verschlossene, schwerfällige, vereinfachende und in den meisten Fällen reaktionäre Position. Doch zeigt eine derartige Verwendung des Begriffs „autoritär“, dass dabei die Komplexität des ursprünglichen Gedankens der Originalarbeit nicht erfasst wird. Adorno et al. liefern in ihrem 989 Seiten umfassenden Buch eine ausführliche Darstellung einer multimethodalen Persönlichkeitstheorie, für die Daten aus vier neu entwickelten Fragebogen-Skalen zur Erfassung von persönlichen Einstellungen, einem projektiven Test und aus Interviews unterschiedlichen Umfangs und unterschiedlicher Intensität gesammelt wurden.⁵ Die Gruppe der Studienteilnehmer war ebenfalls von einer einzigartigen Diversität gekennzeichnet: Studenten verschiedener großer Universitäten aus verschiedenen Städten und Institutionen der USA, berufstätige Frauen, Mitglieder von Wohltätigkeitsvereinen, Psychatriepatienten, Häftlinge, Offiziersanwärter der Handelsmarine, Gewerkschaftsmitglieder, Büroangestellte, Freiwillige von Kirchengruppen, Frauenvereinigungen und andere.

Die Übernahme des Autoritarismus-Konzepts wurde möglicherweise durch die Forschung und schriftlichen Arbeiten von Altemeyer (1981, 2006) begünstigt, der seine Theorie auf den frühen Arbeiten von Adorno et al. aufbaute und diese weiter entwickelte, um den Begriff des Autoritarismus als „rechtsgerichteten Autoritarismus“ (*Right-Wing Authoritarianism*, RWA) neu zu benennen. Nun als Konstellation dreier zentraler Wesenszüge neu verstanden (hoher Grad der Unterwerfung unter bestehende Autoritäten, ein hohes Aggressionspotenzial als Vertreter dieser Autoritäten und strenge Befolgung konventioneller Normen), hat der RWA mehr Gemeinsamkeiten mit kognitiver Starrheit als mit den spezifischen politischen Überzeugungen des Individuums (Crowson, Thoma, & Hestevold, 2005; Duncan & Peterson, 2014). Das bedeutet, dass in Systemen mit traditionell kommunistischen oder sozialistischen Autoritäten die Personen, die hohe „RWA-Werte“ erzielen, in der Praxis zur politischen Linken zählen. Dies sorgt im besten Fall für Verwirrung und im schlimmsten Fall handelt es sich um den Versuch einer Neudefinition durch (entsprechende) Benennung. In beiden Fällen diene dies der

⁴ Original: *The road to scientific hell is paved with good moral intentions.*

⁵ Vgl. Suedfeld (2006).

politischen Agenda des Fortbestands der Assoziation „konservative Weltsicht – Intoleranz“, obwohl die Daten eindeutig zeigen, dass dies eine trügerische Schein-Korrelation ist (z. B. Crawford & Pilanski, 2014). Zum Missfallen der RWA-Befürworter haben Forscher zahlreiche Belege für linken Autoritarismus sowie für Autoritarismus gefunden, der nicht eindeutig auf dem traditionellen Links-Rechts-Spektrum verortet werden kann (z. B. Conway, Houck, Gornick, & Repke, 2017; de Regt, Mortelmans, & Smits, 2011; Rokeach, 1960; van Hiel, Duriez, & Kossowska, 2006).

Ein zweites berühmtes Beispiel für eine politisch verzerrte Argumentationsweise ist die häufig erwähnte Studie des Stanford-Gefängnis-Experiments (Haney, Banks, & Zimbardo, 1973). Wie allgemein bekannt ist, setzten sich Philip Zimbardo und seine Studenten im Sommer 1971 das Ziel, die Auswirkungen der psychologischen Dynamik einer Gefängnisumgebung auf Häftlinge und Wärter besser zu verstehen. Dazu wurde im Keller der psychologischen Fakultät der Stanford University eine Gefängnisumgebung nachgebaut und eine Anzeige in der örtlichen Zeitung geschaltet, mit der männliche Universitätsstudenten zur Teilnahme an einer „psychologischen Studie über das Gefängnisleben“ angeworben wurden, für die eine Dauer von bis zu zwei Wochen vorgesehen war. Die 75 freiwilligen Bewerber wurden einer Reihe von psychologischen und anderen Tests unterzogen. Auf Grundlage der Testergebnisse und mit dem Ziel, eine Stichprobe mit psychologisch bestmöglich Gesunden zu erhalten, wurden schließlich 24 der Studenten eingeladen, an der Studie teilzunehmen. Den Mitgliedern wurde dann nach dem Zufallsprinzip die Rolle eines Häftlings oder eines Wärters zugeteilt. Die Häftlinge wurden von echten Polizeibeamten „verhaftet“, abgeführt, entkleidet, entlaust und gezwungen, entwürdigende „Gefängniskleidung“ zu tragen. Im Anschluss an einen Einführungskurs führten die Wärter das Gefängnis im Drei-Schicht-Modell mit acht Stunden pro Schicht, wobei Zimbardo selbst die Aufgabe des Anstaltsleiters übernahm.

Obwohl ursprünglich für eine Dauer von zwei Wochen vorgesehen, musste die Studie nach nur sechs Tagen abgebrochen werden. Dies lag größtenteils an den physischen und psychischen Misshandlungen der Häftlinge durch die Wärter, wozu auch zermürbende körperliche Drill-Übungen (z. B. Liegestütze), Schlafentzug und unhygienische Bedingungen (z. B. zwangsweises Essen vom Boden oder Toilettenreinigung mit bloßen Händen) zählten.

Neben der Eigenschaft als düstere Mahnung an die Wissenschaft, die Notwendigkeit ethischer Richtlinien bei der Durchführung von Experimenten mit menschlicher Beteiligung zu beachten, wird das Stanford-Gefängnis-Experiment auch weithin häufig als Beispiel dafür angeführt, wie die „Macht der Situation“ die Individualveranlagungen außer Kraft setzen kann. Oder in Zimbardos Worten: „Es ist ja nicht so, dass wir schlechte Äpfel in einen guten Korb gelegt hätten, wir haben vielmehr gute Äpfel in einen schlechten Korb gelegt. Der Korb verdirbt alles, was er berührt“⁶ (Schwartz, 2004). Zimbardo hat dieses Argument wiederholt bemüht – in Videoaufzeichnungen, Fachzeitschriftenartikeln, Zeitungskolumnen, als Zeuge vor Kongressausschüssen und sogar bei der Verteidigung eines Militärangehörigen im Rahmen eines Militärgerichtsverfahrens wegen der Misshandlung von irakischen Kriegsgefangenen im Ge-

6 Original: *It's not that we put bad apples in a good barrel. We put good apples in a bad barrel. The barrel corrupts anything that it touches.*

fängnis *Abu Ghraib*. Um jegliche Zweifel an der Natur des zur Debatte stehenden politischen Vorurteils auszuräumen, hat Zimbardo in den letzten Jahren die Rolle des „niederträchtigen Korbmakers“ weiter beschrieben: Dieser erzeugt die vergiftete Umgebung, die wiederum antisoziales Verhalten hervorbringt und begünstigt. In der Gerichtsverhandlung hat er auf diese Weise Einzelpersonen wie den ehemaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als letztlich Verantwortliche für die Misshandlung von Häftlingen identifiziert, wie es im Gefängnis *Abu Ghraib* der Fall war (Zimbardo, 2007).

Diese deterministische Zuschreibung ist zwar überzeugend, hält einer empirischen Überprüfung aber nicht stand. Die Daten zeigen stattdessen, dass die Individualveranlagung sowie Anweisungen und Interventionen seitens der Experimentatoren eine durchaus bedeutende Rolle bei der Bestimmung des Verhaltens der Teilnehmer der Stanford-Gefängnis-Studie spielten (Le Texier, 2019). Dazu zählt die hohe Wahrscheinlichkeit, dass Selbstselektion eine Rolle bei der Festlegung spielte, wer sich als Freiwilliger für die Studie meldete (Carnahan & McFarland, 2007), dass Häftlinge mit einer geringer ausgeprägten Autorität viel wahrscheinlicher frühzeitig abbrechen und dass die Teilnehmer sehr unterschiedliche Verhaltensmuster innerhalb der simulierten Gefängnisumgebung zeigen würden (Haney et al., 1973; Haslam & Reicher, 2012). Nach dieser Auffassung (statt als Beispiel für die „Macht der Situation“) führt uns eine objektive Analyse der Studie wieder zurück zu Lewins Interaktionismus (Haslam & Reicher, 2007), sofern die Studie überhaupt ein gewisses Maß an wissenschaftlicher Gültigkeit besitzt (Le Texier, 2019).

5. Ausblick

Mit ihrem universellen Geltungsbereich, der Vielfältigkeit ihrer Perspektiven, ihrer breiten Anwendbarkeit und der zunehmenden Anerkennung ihres Werts sieht die Politische Psychologie einer positiven Zukunft entgegen. Ein Bereich, der dabei besonders vielversprechend erscheint, ist die Erforschung der evolutionären, verhaltensgenetischen, neurologischen und hormonellen Grundlagen politischen Verhaltens. Dies wurde bereits in einer Sonderausgabe der *Political Psychology* (Hatemi & McDermott, 2012a) hervorgehoben.

So haben z. B. neueste Untersuchungen auf dem noch jungen Gebiet der politischen Neurowissenschaft ergeben, dass ein stärkerer Liberalismus mit einem erhöhten Volumen der grauen Substanz des menschlichen Gehirns (Kanai, Feilden, Firth, & Rees, 2011) sowie mit einer erhöhten Aktivität des Anterioren Cingulären Cortex (Amodio, Jost, Master, & Yee, 2007) assoziiert wird, während ein stärkerer Konservatismus mit einem erhöhten Volumen der rechten Amygdala (Kanai et al., 2011) sowie mit einer gesteigerten Hautleitfähigkeit als (Stress-)Reaktion auf negative Bilder (Oxley et al., 2008) in Verbindung gebracht wird. Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass es zu einer stärkeren bilateralen Amygdalaaktivierung bei Personen kommt, denen das Gesicht ihres bevorzugten Kandidaten gezeigt wird (Rule et al., 2010), dass Individuen mit einer Variante des MAOA-Gens eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, sich an Wahlen zu beteiligen (Fowler & Dawes, 2008) und dass eineiige Zwillinge wesentlich mehr Gemeinsamkeiten in ihren politischen Präferenzen haben als gleichgeschlechtliche zweieiige Zwillinge (Verhulst, Hatemi, & Martin, 2010).

Eine wesentliche Stärke dieses Forschungszweigs ist die Einbindung modernster Technologien (z. B. fMRT, EKP, ereigniskorrelierte Potentiale), die präzise objektive Messungen ergeben, welche weniger anfällig für selbstwertdienliche Verzerrungen sind (Jost, Nam, Amodio, & Van Bavel, 2014). Dieser Aspekt der politisch-psychologischen Forschung steckt jedoch noch in den Kinderschuhen; somit kann die Gefahr, Korrelation mit Kausalität zu verwechseln, noch nicht ausgeschlossen werden. In Kombination mit den traditionellen Methoden in diesem Gebiet ermöglichen diese Verfahren jedoch ein tieferes und vielschichtigeres Verständnis der Korrelate politischen Verhaltens (Hatemi & McDermott, 2012b).

Ein unbeabsichtigter negativer Effekt der neurobiologischen Revolution besteht in einem erschreckenden Anstieg unsachlicher Diskussionen über eine Vielzahl an politisch relevanten Haltungen und Verhaltensweisen, denen (irreführende) Kausalitäten zugeschrieben wurden. Dazu zählen unter anderem Empathie (Olson, 2013), Vertrauen (Hamer, 2004), Moral (Tancredi, 2005), Intergruppenvorurteil (Ashburn-Nardo, Voils, & Monteith, 2001), Vertrauen und ökonomisches Verhalten (Ebstein, Israel, Chew, Zhong, & Knafo, 2010) sowie politische Ideologie (Thomas, Loetscher, Clode, & Nicholls, 2012).

Diese simplifizierende und übermäßig reduktionistische Sicht verwechselt korrelierende mit kausaler Evidenz („Henne-Ei-Problem“, Jost et al., 2014), zielt auf die natürliche Neigung vieler Menschen ab, von einer veranlagten Ursache für beobachtbares Verhalten auszugehen (Attributionsfehler bzw. Korrespondenzverzerrung, Gilbert & Malone, 1995) und ignoriert die breiteren sozialen, kulturellen, ökonomischen, historischen und politischen Kontexte. Dies führt zu einer eingeschränkten und ungenauen Wahrnehmung von politischem Verhalten, indem es als unvermeidbar betrachtet wird.

Viele prominente politische Neurowissenschaftler (z. B. Haidt & Joseph, 2011; Jost et al., 2014; Miller & Keller, 2000; Verhulst et al., 2010) haben große Anstrengungen unternommen, um darauf hinzuweisen, dass die Gene keine direkte kausale Rolle bei komplexen Verhaltensstrukturen spielen. Hatemi, Eaves und McDermott (2012) formulieren es folgendermaßen:

Die Gene bieten lediglich die Plattform für die Synthese von Proteinen, die dann wiederum neurologische, physiologische und hormonelle Prozesse auslösen, die auf kognitiver und emotionaler Ebene Auswirkungen haben. Diese Auswirkungen sind es, die das Verhalten steuern. Das Verhalten wird also nicht von den Genen „bestimmt“. Vielmehr beeinflussen sie das Verhalten auf indirekte Weise und das Verhalten wiederum wirkt sich auf die Wirkung der Gene aus, die dann neurochemische Prozesse anregt, die wiederum in Wechselwirkung mit der Umwelt interagieren, um so die Verhaltensmuster kontinuierlich zu modifizieren⁷ (S. 351).

Die Beziehung zwischen Gehirnaktivität und Verhalten ist ähnlich komplex und falsch verstanden. Selbst wenn spezifische politische Verhaltensweisen mit einer Steigerung der Aktivitäten

⁷ Original: *Genes provide the platform for the synthesis of proteins that then trigger neurological, physiological, and hormonal processes that have cognitive and emotional consequences that guide behavior. Thus genes do not 'determine' behavior. Rather, genes influence behavior indirectly, and behavior in turn influences gene expression, which then instigates neurochemical processes that interact with the environment in a reciprocal manner to continually modify behaviors.*

bestimmter Hirnregionen in Verbindung gebracht werden können, verlangt die Komplexität eines solchen Verhaltens unbedingt die Koordination zwischen mehreren neuronalen Systemen (Jost et al., 2014). Darüber hinaus lässt der gegenwärtige Wissensstand dieses Fachgebiets keinerlei Gewissheit darüber zu, ob ein koordiniertes Aktivitätsmuster als Nachweis für die Aktivierung, Hemmung, Ursache, den Ausgleich oder gar als Nachweis für die Auswirkungen politischen Verhaltens betrachtet werden kann. Angesichts des noch jungen Fachgebiets könnte ein vorsichtiger Ansatz darin bestehen, von einer Bidirektionalität in der Beziehung zwischen neuraler Aktivität und Verhalten auszugehen und ein multimethodales Vorgehen zu Grunde zu legen, um das „Henne-Ei-Problem“ zu lösen (Jost, Noorbaloochi, & Van Bavel, 2014).

6. Schlussbetrachtung

Die Politische Psychologie ist eine theorienreiche, methodisch vielfältige, geographisch weit verbreitete sowie breit anwendbare Disziplin mit dem Potenzial, einige der dringlichsten Herausforderungen der modernen Welt, einschließlich Konflikteskalationen, politisch und religiös motivierte Radikalisierung, Ethnozentrismus, Genozid sowie andere ethno-politische Manifestationen von Gewalt besser zu verstehen und zu bewältigen.

Die reichhaltige Geschichte dieser Disziplin bietet einerseits dank zahlreicher Beiträge berühmter Vertreter viel Inspirationspotenzial, andererseits ist sie durch den interdisziplinären Charakter des Fachgebiets bestens mit kreativen Methoden ausgestattet, um neue Hypothesen zu überprüfen. Um dem Ziel, dieses Potenzial auszuschöpfen, näher zu kommen, müssen Wissenschaftler in der Forschung jedoch sehr genau darauf achten, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um deren Wiederholung zu vermeiden. Insbesondere sollten Politische Psychologen stärker auf die Beeinträchtigung der verschiedenen Phasen des Forschungsprozesses durch politische Voreingenommenheit achten.

Der verstorbene Professor Neal Miller von der Yale University drückte es gern folgendermaßen aus: „Wir müssen kühn in unseren Unternehmungen, aber vorsichtig in unseren Behauptungen sein“⁸ (Spellman, DeLoache & Bjork, 2007, S. 177). Gegenwärtige und zukünftige Politische Psychologen täten gut daran, diesen weisen Rat zu beherzigen.

Literaturverzeichnis

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D. J., & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality*. New York: Harper.
- Altemeyer, B. (1981). *Right-wing authoritarianism*. Winnipeg: University of Manitoba Press.
- Altemeyer, B. (2006). *The authoritarians*. Winnipeg: University of Manitoba.
- Amodio, D. M., Jost, J. T., Master, S. L., & Yee, C. M. (2007). Neurocognitive correlates of liberalism and conservatism. *Nature Neuroscience*, 10, 1246-1247.
- Arnett, J. J. (2008). The neglected 95%: Why American psychology needs to become less American. *American Psychologist*, 63(7), 602-614.
- Ashburn-Nardo, L., Voils, C. I., & Monteith, M. J. (2001). Implicit associations as the seeds of intergroup bias: How easily do they take root? *Journal of Personality and Social Psychology*, 81, 789-799.

8 Original: *We must be bold in what we try, but cautious in what we claim.*

- Bastian, A. (1860). *Der Mensch in der Geschichte: Bd. 3, Politische Psychologie [Man in the history: Bd. 3, Political psychology]*. Leipzig: Wigand.
- Buss, D. M., & von Hippel, W. (2018). Psychological barriers to evolutionary psychology: Ideological bias and coalitional adaptations. *Archives of Scientific Psychology*, 6(1), 148-158. <http://dx.doi.org/10.1037/arc0000049>.
- Carnahan, T., & McFarland, S. (2007). Revisiting the Stanford Prison experiment: Could participant self-selection have led to the cruelty? *Personality and Social Psychology Bulletin*, 33, 603-614.
- Clark, C. J., & Winegard, B. M. (2020). Tribalism in war and peace: The nature and evolution of ideological epistemology and its significance for modern social science. *Psychological Inquiry*, 31(1), 1-22, doi: 10.1080/1047840X.2020.1721233.
- Conway, L. G. III, Houck, S. C., Gornick, L. J., & Repke, M. A. (2017). Finding the Loch Ness monster: Left-wing authoritarianism in the United States. *Political Psychology*, 39(5), 1049-1067, <https://doi.org/10.1111/pops.12470>.
- Crawford, J. T., & Pilanski, J. M. (2014). Political intolerance, right and left. *Political Psychology*, 35, 841-851.
- Crowson, H. M., Thoma, S. J., & Hestevold, N. (2005). Is political conservatism synonymous with authoritarianism? *Journal of Social Psychology*, 145, 571-592.
- de Regt, S., Mortelmans, D., & Smits, T. (2011). Left-wing authoritarianism is not a myth, but a worrisome reality. Evidence from 13 Eastern European countries. *Communist and Post-Communist Studies*, 44(4), 299-308.
- Duarte, J. L., Crawford, J. T., Stern, C., Haidt, J., Jussim, L., & Tetlock, P. E. (2014). Political diversity will improve social psychological science. *Behavioral and Brain Sciences*, 18, 1-54.
- Duncan, L. E., & Peterson, B. E. (2014). Authoritarianism, cognitive rigidity, and the processing of ambiguous visual information. *The Journal of Social Psychology*, 154, 480-490.
- Ebstein, R. P., Israel, S., Chew, S. H., Zhong, S., & Knafo, A. (2010). Genetics of human social behavior. *Neuron*, 65, 831-844.
- Eitan, O., Viganola, D., Inbar, Y., Dreber, A., Johannesson, M., Pfeiffer, T., Thau, S., & Uhlmann, E. L. (2018). Is research in social psychology politically biased? Systematic empirical tests and a forecasting survey to address the controversy. *Journal of Experimental Social Psychology*, 79, 188-199. <https://doi.org/10.1016/j.jesp.2018.06.004>.
- Fowler, J. H., & Dawes, C. T. (2008). Two genes predict voter turnout. *The Journal of Politics*, 70, 579-594.
- Gilbert, D. T., & Malone, P. S. (1995). The correspondence bias. *Psychological Bulletin*, 117, 21-38.
- Haidt, J., & Joseph, C. (2011). How moral foundations theory succeeded in building on sand: A response to Suhler and Churchland. *Journal of Cognitive Neuroscience*, 23, 2117-2122.
- Hamer, D. H. (2004). *The God gene*. New York: Doubleday.
- Haney, C., Banks, C., & Zimbardo, P. (1973). Interpersonal dynamics in a simulated prison. *International Journal of Criminology and Penology*, 1, 69-97.
- Haslam, S. A., & Reicher, S. (2007). Beyond the banality of evil: Three dynamics of an interactionist social psychology of tyranny. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 33, 615-622.
- Haslam, S. A., & Reicher, S. D. (2012). Contesting the “nature” of conformity: What Milgram and Zimbardo's studies really show. *PLoS Biol*, 10(11), e1001426.
- Hatemi, P. K., & McDermott, R. (2012a). The political psychology of biology, genetics, and behavior. *Political Psychology*, 33, 307-312.
- Hatemi, P. K., & McDermott, R. (2012b). The genetics of politics: Discovery, challenges, and progress. *Trends in Genetics*, 28(10), 525-533.
- Hatemi, P. K., Eaves, L., & McDermott, R. (2012). It's the end of ideology as we know it. *Journal of Theoretical Politics*, 24, 345-369.

- Henrich, J., Heine, S. J., & Norenzayan, A. (2010). The weirdest people in the world? *Behavior and Brain Sciences*, 33, 61-83.
- Hermann, M. G. (1986). *Political psychology: Contemporary problems and issues*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Honeycutt, N., & Jussim, L. (2020). A model of political bias in social science research. *Psychological Inquiry*, 31(1), 73-85.
- Huddy, L., Sears, D. O., & Levy, J. S. (2013). *The Oxford handbook of political psychology* (2. Aufl.). New York: Oxford University Press.
- Inbar, Y., & Lammers, J. (2012). Political diversity in social and personality psychology. *Perspectives on Psychological Science*, 7, 496-503.
- Jost, J. T., Nam, H. H., Amodio, D. M., & Van Bavel, J. J. (2014). Political neuroscience: The beginning of a beautiful friendship. *Advances in Political Psychology*, 35, 3-42.
- Jost, J. T., Noorbaloochi, S., & Van Bavel, J. J. (2014). The "chicken and egg" problem in political neuroscience. *Behavioral and Brain Sciences*, 37, 317-318.
- Jost, J. T., & Sidanius, J. (2004). Political psychology: An introduction. In J. T. Jost & J. Sidanius (Hrsg.), *Political psychology: Key readings* (S. 1-17). New York: Psychology Press.
- Kanai, R., Feilden, T., Firth, D., & Rees, G. (2011). Political orientations are correlated with brain structure in young adults. *Current Biology*, 21, 677-680.
- Knutson, J. N. (1973). *Handbook of political psychology*. Oxford, England: Jossey-Bass.
- Le Texier, T. (2019). Debunking the Stanford Prison Experiment. *American Psychologist*, 74(7), 823-839. <https://doi.org/10.1037/amp0000401>.
- Miller, G. A., & Keller, J. (2000). Psychology and neuroscience: Making peace. *Current Directions in Psychological Science*, 9, 212-215.
- Olson, G. (2013). *Empathy imperiled: Capitalism, culture, and the brain*. New York: Springer.
- Oxley, D. R., Smith, K. B., Alford, J. R., Hibbing, M. V., Miller, J. L., Scalora, M., ... Hibbing, J. R. (2008). Political attitudes vary with physiological traits. *Science*, 321, 1667-1670.
- Rokeach, M. (1960). *The open and closed mind. Investigations into the nature of belief systems and personality*. New York: Basic Books.
- Rule, N. O., Freeman, J. B., Moran, J. M., Gabrieli, J. D. E., Adams, R. B., Jr., & Ambady, N. (2010). Voting behavior is reflected in amygdala response across cultures. *Social Cognitive and Affective Neuroscience*, 5, 349-355.
- Schwartz, J. (6. Mai 2004). Simulated prison in '71 showed a fine line between 'normal' and 'monster'. *The New York Times*. Abgerufen von <http://www.nytimes.com/2004/05/06/international/middleeast/06PSYC.html>.
- Spellman, B. A., DeLoache, J., & Bjork, R. A. (2007). Making claims in papers and talks. In R. J. Sternberg, H. L. Roediger, & D. F. Halpern (Hrsg.), *Critical thinking in psychology* (S. 177-195). Cambridge: Cambridge University Press.
- Suedfeld, P. (2006). A TAProot of social, personality, and political psychology: Authoritarianism yesterday, today, and tomorrow. *PsycCRITIQUES*, 51(9), DOI: 10.1037/a0001710.
- Tancredi, L. (2005). *Hardwired behavior: What neuroscience reveals about morality*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tetlock, P. E. (1994). Political psychology or politicized psychology: Is the road to scientific hell paved with good moral intentions? *Political Psychology*, 15(3), 509-530.
- Thomas, N. A., Loetscher, T., Clode, D., & Nicholls, M. E. R. (2012). Right-wing politicians prefer the emotional left. *PLoS ONE*, 7(5), e36552.
- Van Hiel, A., Duriez, B., & Kossowska, M. (2006). The presence of left-wing authoritarianism in Western Europe and its relationship with conservative ideology. *Political Psychology*, 27(5), 769-793.
- Verhulst, B., Hatemi, P. K., & Martin, N. G. (2010). The nature of the relationship between personality traits and political attitudes. *Personality and Individual Differences*, 49, 306-316.

Zimbardo, P. (2007). *The Lucifer effect: Understanding how good people turn evil*. New York: Random House.

III.

Geschichte und institutionelle Entwicklung der Politischen Psychologie in Deutschland¹

Franziska Deutsch und Klaus Boehnke

1. Einleitung

Der Beitrag gibt zunächst einen kursorischen Überblick über die Entwicklung der Politischen Psychologie von der Antike bis zur Gegenwart. Dabei beschäftigt er sich nur peripher mit der Frage, was Gegenstand der Politischen Psychologie ist (vgl. Suedfeld & Jhangiani, Kapitel 2 im vorliegenden Band), sondern versucht einen Überblick über zentrale Texte zu geben, die das Individuum als Akteur im politischen Raum zum Thema haben. Nach einem kurzen Blick auf klassische Quellen (Platon, Aristoteles) und politisch-philosophische Texte (Montesquieu, Machiavelli) stehen psychoanalytisch inspirierte Arbeiten (Freud, Fromm, Reich, Adorno) im Mittelpunkt. Nachfolgend wird die Rolle Lasswells als „Gründungsvater“ der modernen Politischen Psychologie gewürdigt. Als zentral für ein modernes Verständnis der Politischen Psychologie werden dann der Politische-Kultur-Ansatz und die auf Arbeiten von Maslow zurückgehende Forschung von Inglehart herausgestellt. Beide Forschungsprogramme sind als wichtiges Bindeglied zwischen Psychologie und Politikwissenschaft zu sehen.

Im weiteren Verlauf zeichnet der Beitrag die institutionelle Entwicklung der Politischen Psychologie in Deutschland nach: Zunächst stehen die Weimarer Republik und die NS-Jahre im Vordergrund, dann die Nachkriegszeit und die unterschiedlichen Entwicklungen der Disziplin im geteilten Deutschland. Anschließend wendet sich der Beitrag der Gegenwart zu und gibt einen Überblick zum Stand der Disziplin im vereinten Deutschland sowie zu deren internationaler Vernetzung. Den Abschluss des Textes bildet ein kurzer Einblick in hierzulande laufende politisch-psychologische Forschungsarbeiten. Insgesamt stellt der Beitrag sich die Aufgabe, die gewachsene Bedeutung der Politischen Psychologie als Scharnierfach zwischen der Psychologie und der Politikwissenschaft wie auch anderen Sozialwissenschaften herauszuarbeiten und zu verdeutlichen, dass das Individuum als Akteur im politischen Raum sich einem monodisziplinären wissenschaftlichen Zugang nachhaltig entzieht.

2. Meilensteine politisch-psychologischen Denkens

2.1 Klassische Quellen

Die Frage, welche Bürger- und Herrscher-Tugenden für ein funktionierendes Gemeinwesen von Bedeutung sind, findet sich bereits in der Antike: Bei Platon sind es die vier Haupttu-

¹ Die Verfasser danken Siegfried Preiser und Wolfgang Frindte für eine kritische Kommentierung eines ersten Entwurfs dieses Beitrages und eine Reihe von Hinweisen zu dessen Ergänzung. Ebenso bedanken sie sich bei den Herausgebern des Bandes für wertvolle Anmerkungen.

genden Tapferkeit, Gerechtigkeit, Besonnenheit und Weisheit, ohne die keine gerechte Polis funktionieren kann. Auch bei Aristoteles verfällt das Gemeinwesen in die Tyrannis Einzelner, wenn sich statt der Tugenden Egoismus durchsetzt. Jenseits des Verweises auf Bürgertugenden arbeitete Aristoteles aber bereits die Wichtigkeit des Zusammenwirkens von Individuum und politischem Kontext heraus, indem er ausführt, „dass die Bürgertugenden durch entgegenkommende Institutionen und Gesetze befördert werden, die ihrerseits durch Bürgertugenden teils entlastet, teils in ihrer Qualität verbessert werden“ (Höffe, 1999, S. 193).

Die politische Philosophie der Neuzeit richtete ihr Hauptaugenmerk eher auf die institutionelle Ausgestaltung des Staates, doch finden sich auch bei Machiavelli, Montesquieu, Rousseau oder Tocqueville Verweise auf notwendige Tugenden von Bürgern und Herrschern. Bei Montesquieu benötigt die Demokratie eine Bürgertugend, die das Eigenwohl hinter das Gemeinwohl zurückstellt (Montesquieu, 1994 [1748], S. 120). In Machiavellis pessimistischem Menschenbild hingegen stehen Machtausübung und Machterhaltung als zentrale Merkmale eines idealen Herrschers im Vordergrund. Dieses Menschenbild hat in den 1960er Jahren mit den Arbeiten von Christie und Geis (1970) Eingang in die Politische Psychologie gefunden: die Machiavellismus-Skala misst eine manipulative, machtorientierte Persönlichkeitsstruktur (deutsch: Henning & Six, 1977). Auch als Teilkomponente von Hierarchischem Selbstinteresse (HSI), einer bei Hagan, Rippl, Boehnke und Merckens (1999) beschriebenen Dominanzorientierung eines „possessiven Individualismus“ (McPherson, 2010 [1962]), spielt Machiavellismus in der aktuellen Politischen Psychologie nach wie vor eine Rolle.²

2.2 Psychoanalytische Arbeiten

Eine wesentliche Prägung erfuhr die Politische Psychologie durch Sigmund Freud (2013 [1923]). Kern von dessen Theorie ist die Annahme einer Steuerung des Menschen durch das Unbewusste, das sich durch Verdrängung und andere Abwehrmechanismen dem direkten Zugriff entzieht. Für Freud sind menschliche Entscheidungen und Handlungen weitgehend unbewusst motiviert, nur ein kleiner Teil lässt sich bewusst steuern. Illustriert wird die Theorie der Psychoanalyse in einem Strukturmodell, das aus drei psychischen, sich in der Kindheit nacheinander entwickelnden Instanzen besteht: Dem Es, dem Ich und dem Über-Ich. Freuds Strukturmodell wurde später von Erikson (2005 [1950]) zu einem Stufenmodell der psychosozialen Entwicklung weiterentwickelt. Nach Freud (2013 [1923]) spiegelt das Es die triebhaften unbewussten Bedürfnisse und Affekte wider (Lustprinzip, später auch Todestrieb), die häufig mit den internalisierten Wert-, Moral- und Normvorstellungen des bewertenden Über-Ichs konfligieren (Gewissen bzw. moralische Instanz). Schließlich vermittelt das vernünftige Ich zwischen dem Es und den Vorstellungen der Außenwelt – es überprüft die Realität und entscheidet weitgehend rational und bewusst. Politische Präferenzen und Einstellungen sind demnach auch Manifestationen tiefverwurzelter, unbewusster Konflikte zwischen dem triebhaften Es und dem bewertenden Über-Ich. Lasswell (1951 [1930]) griff diesen Ansatz in *Psychopatho-*

2 Hierarchisches Selbstinteresse ist ein der sozialen Dominanzorientierung (Sidanius & Pratto, 1999) verwandtes Konstrukt zweiter Ordnung, das Individualismus, Konkurrenzdenken, Leistungsorientierung, Akzeptanz sozialer Ungleichheit und eben Machiavellismus als Konstrukte erster Ordnung mit jeweils mindestens zwei Items misst und eine Ellenbogenmentalität (Hadjar, 2004) bzw. eine „capitalist mentality“ (Boehnke & Hadjar, 2004) erfasst.

logy of Politics mit der Analyse von Persönlichkeitsstrukturen politischer Akteure auf. Ein ähnlicher Zugriff findet sich auch bei Eriksons Analysen zu Luther und zu Gandhi (Erikson, 1958, 1969) oder in der Persönlichkeitsstudie zu Woodrow Wilson von George und George (1964 [1956]). Die Genannten trugen damit wesentlich zur Entwicklung der Psychobiographie als Teilgebiet der Politischen Psychologie bei (Post, 2013).

Freud befasste sich in seinen Werken mit zahlreichen politikrelevanten Themen wie Krieg, Führung und Kultur (Freud, 2010 [1930], 2012 [1915], 2012 [1933]) oder, wie in *Massenpsychologie und Ich-Analyse* (Freud, 2010 [1921]), dem Verhältnis der Massen zum Führer: „Durch die Externalisierung des Ich-Ideals und die Übertragung von Über-Ich-Funktionen auf den Führer wird dieser zur zentralen Steuerungsinstanz für die Masse. Die Macht des Führers über die Masse und die Angst der Masse vor dem Führerverlust sind nach Freud die wichtigsten Merkmale des politischen Prozesses“ (Klingemann & Kaase, 1981, S. 9).

Von der Psychoanalyse geprägt, beschäftigte sich in den 1940er Jahren ein interdisziplinär angelegtes Forschungsprojekt an der University of California, Berkeley, mit der Frage nach der Entstehung von Autoritarismus. Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford legten mit *The Authoritarian Personality* (1950) eine psychologische Untersuchung zur Entstehung von antisemitischen und ethnozentrischen Vorurteilen und Stereotypen vor. Die Idee der autoritären Persönlichkeit geht zum einen auf Wilhelm Reichs psychoanalytische Untersuchung zum Faschismus zurück, der einen Zusammenhang zwischen Triebunterdrückung und dem Aufstieg der faschistischen Ideologie aufzeigte (Reich, 1971 [1933]). Zum anderen speist sich dieser Ansatz aus der Forschung Erich Fromms zum autoritären Charakter, so zum Beispiel in den mit Horkheimer und Marcuse verfassten *Studien über Autorität und Familie* (2005 [1936]) sowie in *Escape from Freedom* (1994 [1941]).

Die autoritäre Persönlichkeit bei Adorno et al. (1950) ist ein Einstellungs- und Persönlichkeitsmuster, das nichtdemokratischen (auch faschistischen) Einstellungen und entsprechendem Verhalten Vorschub leistet. Diese Persönlichkeitsstruktur, die sich vor allem durch Feindseligkeit gegenüber Anderen (z. B. Minderheiten) äußert, ist das Ergebnis einschlägiger autoritärer Sozialisationserfahrungen – häufig durch die Eltern – im Zuge von Kindheit und Adoleszenz. Zur Messung der autoritären Charakterstruktur entwickelten die Autoren die F-Skala (Faschismusskala), die sich aus neun verschiedenen Subskalen (u. a. Konventionalismus, Autoritäre Unterwürfigkeit, Autoritäre Aggression, Machtdenken etc.) zusammensetzt (Gessenharter, 1983, S. 41). Eine mit einer Abkehr von psychoanalytischem Denken einhergehende Weiterentwicklung der Skala zur Messung autoritärer Einstellungen hat Altemeyer (1981, 1988) mit seiner RWA- (*Right-Wing Authoritarianism*) Skala vorgelegt (vgl. Seipel, Rippl, & Kindervater, Kapitel 9 im vorliegenden Band). Boehnke, Kornyejeva und Arant (2018) fordern mittlerweile eine Reintegration psychoanalytischer Theorie in die Autoritarismusforschung.

Harold D. Lasswell darf ohne Zweifel als einer der Gründungsväter der modernen Politischen Psychologie gesehen werden. Der Politikwissenschaftler profitierte an der University of Chicago früh von einem produktiven, thematisch wie methodisch interdisziplinären Forschungsumfeld. Lasswells Forschung blieb über Jahrzehnte von dieser Interdisziplinarität gekennzeichnet. Seine Forschung trug wesentlich zur (Weiter-)Entwicklung der Politischen Psychologie und

Politikwissenschaft (Lasswell, 1951 [1936], 1978 [1948], 2003 [1948]) sowie der Kommunikationswissenschaft (Lasswell, 1948) bei. Sein Mentor Charles E. Merriam hatte an der interdisziplinären Ausgestaltung des Umfelds in Chicago wesentlichen Anteil. Er gilt auch als Gründer der Chicago-Schule in der Politikwissenschaft, die sich verstärkt einer naturwissenschaftlichen Perspektive bediente (Heaney & Hansen, 2006). Neben Lasswell sollten später noch weitere enge Mitarbeiter und Schüler Merriams wesentlich die verhaltensorientierte Politikwissenschaft prägen, so zum Beispiel Gabriel Almond, V. O. Key oder David Easton (Hartmann, 2003, S. 53, S. 63).

Wie viele Wissenschaftler seiner Zeit reiste auch Lasswell in den frühen 1930er Jahren nach Europa, um u. a. in Wien persönlich einen Einblick in die Forschung Freuds zu bekommen. Lasswell wurde ein großer Anhänger der Psychoanalyse, widersprach Freud jedoch in der Frage nach dem Nutzen des psychoanalytischen Ansatzes bei der Untersuchung politischer Prozesse. Lasswell befand, dass Psychoanalyse auf der Individualebene sehr wohl zielführend sei, lehnte aber eine Übertragung des Triebdynamik-Ansatzes auf Gesellschaft und politische Institutionen ab (Pye, 1991, S. 490). Die Psychoanalyse war nur eine von vielen Methoden, die in Lasswells interdisziplinärer Forschung Anwendung fanden, so in *Psychopathology and Politics* (1951 [1930]). Auch Interviews, Biografien oder soziologische Elitenstudien waren für ihn geeignet, die (verborgenen) Motive politischen Handelns aufzudecken.

Insbesondere die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs veränderten in der Forschung den Blick auf Politik und politische Prozesse: Die Frage nach der Rolle von Persönlichkeitsentwicklung und politischer Sozialisation unter demokratischen und autoritären Systemen rückte in den Vordergrund. Diese Suche nach den psychologischen Mechanismen von Politik und die Fokussierung auf das Individuum waren gleichbedeutend mit der Entstehung und Durchsetzung des Behaviorismus in den Sozialwissenschaften (in der Politikwissenschaft unter dem Begriff des Behavioralismus), die wiederum einen methodischen Individualismus mit sich brachten. Mit der Fokussierung auf die Beobachtung und Messung individueller politischer Einstellungen und politischen Verhaltens war die Grundlage der Politischen Psychologie gelegt.

Der Frage nachgehend, welche psychologischen Voraussetzungen für eine Demokratie unabdingbar wären, unternahm Lasswell mit *The Democratic Character* (1951) einen Versuch, Merkmale einer demokratischen Persönlichkeit zu definieren. Demnach gehören dazu (1) eine offene Persönlichkeitsstruktur (*open ego*), (2) ein pluralistisches Wertesystem (*multi-valued*), (3) Vertrauen in Mitmenschen (*confidence in human potentialities*) sowie (4) eine selbstbewusste, angstbefreite Persönlichkeit (*freedom from anxiety*). Diese Eigenschaften weisen eine große Ähnlichkeit mit Rokeachs (1960) offenem Überzeugungssystem (*open mind*) auf (Welzel, 2007a, S. 189).

2.3 Politische-Kultur-Forschung

Es ist kaum verwunderlich, dass sich Merriams und Lasswells Erbe der Chicago School auch in der psychologisch orientierten Politikwissenschaft widerspiegelt. *Gabriel Almond* (ein Doktorand Lasswells), *Sidney Verba* sowie *Lucian W. Pye* haben sich in den 1960er Jahren um die Begründung der Politischen-Kultur-Forschung verdient gemacht, die sich in dieser Tradition

bis heute mit der Frage nach der Persistenz politischer Systeme befasst und in der Kongruenz zwischen politischer Struktur (dem institutionellen Aufbau) und politischer Kultur (den in der Bevölkerung vorherrschenden politischen Orientierungsmustern) die wichtigste Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit einer politischen Ordnung sieht.

Die Idee einer Kongruenz zwischen den gesellschaftlichen Autoritätsorientierungen und den Autoritätsmustern von politischen Institutionen und Prozessen geht auch auf Eckstein (1961) zurück; sie greift in ihrer Grundannahme des Zusammenwirkens von Struktur und Kultur Überlegungen von Parsons (vgl. Parsons & Shils, 1951) auf. Almond und Verba's Fünfländerstudie *The Civic Culture* (1989 [1963]) gilt bis heute als Grundlagenwerk der Politischen-Kultur-Forschung. Ziel der Untersuchung mittels Befragungen repräsentativer Bevölkerungsstichproben in den USA, Großbritannien, Deutschland, Italien und Mexiko war die Frage nach den kulturellen Voraussetzungen von Demokratien (gemessen an den politischen Orientierungen in der Bevölkerung), von denen zwei nach dem Zweiten Weltkrieg nach faschistischer Diktatur gerade erst entstanden waren. Eine ähnliche Studie legte Pye (1965) zwei Jahre später vor, in der unter seiner Herausgeberschaft auch politische Kulturen in Afrika und Asien im Kontext der voranschreitenden Nationenbildung untersucht wurden. Zentraler Befund der Politischen-Kultur-Forschung ist die wechselseitige Beziehung zwischen politischen Orientierungsmustern und der politischen Ordnung.

Die Politische-Kultur-Forschung trug wesentlich dazu bei, die Wechselwirkung zwischen Individuum und politischen Institutionen und Prozessen herauszustellen, indem sie ihr Augenmerk auf den Einfluss von (politisch strukturierten) Sozialisationsbedingungen auf die Persönlichkeit des Einzelnen richtete (Ward, 2002, S. 73). Das wechselseitige, sich gegenseitig bedingende Verhältnis zwischen Politik und Psychologie wird als wesentliche Charakteristik der Politischen Psychologie herausgestellt: „(The) perceptions, beliefs, motives, opinions, values, interests, styles, defenses and experiences of individuals – be they citizens, leaders, group members, bureaucrats, terrorists or revolutionaries – are seen as influencing what they do politically; and, in turn, the political culture, political system, mechanisms of political socialization, political movements and parties and the international system are perceived as having an impact on what people are like“ (Hermann, 1986, S. 2).

Maslow und Inglehart. In seinem Buch *Motivation and Personality* (1987 [1954]) argumentiert Abraham Maslow, dass das menschliche Handeln durch Bedürfnisse gesteuert wird, wobei manche Bedürfnisse Vorrang vor anderen haben. Maslows Bedürfnispyramide beginnt mit vier Defizitbedürfnissen (*deficiency needs*): den physiologischen Bedürfnissen (*physiological needs*), dem Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit (*safety needs*), nach Liebe und Zugehörigkeit (*love/belonging needs*) und nach Wertschätzung (*esteem needs*). Erst wenn diese Bedürfnisse erfüllt sind, kann der Mensch nach Selbstverwirklichung (*self-actualization*) streben.

Maslows Motivationstheorie aufgreifend, entwickelte Ronald Inglehart in den späten 1970er Jahren seine These einer „Stillen Revolution“: In postindustriellen Gesellschaften wenden sich Menschen vor dem Hintergrund einer gesicherten Lebenssituation vom Ziel der Steigerung ihres materiellen Lebensstandards ab und eher postmateriellen Prioritäten im Leben zu, so etwa Fragen der Selbstbestimmung, Sinnstiftung, Gleichberechtigung oder des Umweltschutzes.

Dieser postmaterialistische Wertewandel im Zuge des Generationenwechsels von Menschen, die in Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit groß geworden sind, hin zu Menschen, die unter Bedingungen relativer Sicherheit ihre Kindheit und Jugend verbracht haben, basiert auf zwei zentralen Annahmen. Erstens begehren Menschen das, was knapp ist (die sogenannte *Mangelhypothese*, die auf Maslows Bedürfnispyramide aufbaut): Wertorientierungen sind demnach hierarchisch geordnet und spiegeln die jeweilige Bedürfnissituation wider, in der sich ein Mensch während des prägenden Sozialisationsprozesses befindet. Diese sogenannte *Sozialisationshypothese* ist der zweite Eckpfeiler in Ingleharts Theorie: Menschen werden durch äußere Umstände in den formativen Jahren geprägt, und ihre Wertorientierungen reflektieren in ihrer Prioritätensetzung genau diese Umstände. Die grundlegenden Werte bleiben – so Ingleharts an Karl Mannheims *Problem der Generationen* (1928) orientierte Annahme – über die weitere Lebenszeit relativ stabil. Zusammengefasst bedeutet dies, ähnlich wie bei Maslow, dass erst physische und materielle Grundbedürfnisse weitgehend gestillt sein müssen, bevor sich neue, postmaterialistische Bedürfnisse entwickeln können (Inglehart 1977, 1990, 1997).

Die Postmaterialismus-These der 1970er Jahre weiterentwickelnd, haben Inglehart und Welzel (2005, 2010) einen zweistufigen Wertewandel beschrieben, der wiederum unterschiedliche Stufen in der sozioökonomischen Entwicklung eines Landes reflektiert. In der Industrialisierungsphase verschieben sich die Prioritäten weg von traditionellen (häufig: religiösen) Werten hin zu säkularen Werten. In der Postindustrialisierungsphase legen die Menschen mehr Wert auf Selbstbestimmung und Selbstentfaltung, während rein materielle Werte an Bedeutung verlieren. In diesem Humanentwicklungsansatz ist die zweite Stufe des Wertewandels demokratie-relevant: Emanzipatorische bzw. Selbstentfaltungswerte (postmaterialistische Werte wie Mitbestimmung und Meinungsfreiheit, Wertschätzung von Gleichberechtigung, zwischenmenschlichem Vertrauen, politischer Beteiligung etc.) fördern die Entstehung und Aufrechterhaltung von Zivilgesellschaft und Demokratien (siehe dazu auch Welzel 2013). Mit diesem Befund schließt sich der Kreis zu Lasswell: Die Rolle von Selbstentfaltungswerten kann „vor diesem Hintergrund als eine späte Bestätigung Lasswells und seiner Auffassung gesehen werden, dass allgemeine psychische Dispositionen zum Leben, der Welt und den Mitmenschen eine inhärent demokratische (oder antidemokratische) Qualität haben“ (Welzel, 2007b, S. 132-133). In seinem derzeit von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Reinhart Koselleck-Projekt spannt Welzel einen noch weiteren Bogen: Historisch-vergleichend und empirisch untersucht er die Triebkräfte dieser emanzipatorischen Dynamik, die in bestimmten geoklimatischen Bedingungen, nämlich in einer Kombination von Kälte und beständigem Niederschlag („Cool Water“, so auch der Name des Projekts) ihren Ursprung hat, und deren politische Auswirkungen bis heute sichtbar sind.

Bis hierher haben wir einige Meilensteine der Entwicklung der Politischen Psychologie exemplarisch aufgezeigt, um so eine Verortung der Disziplin zwischen Psychologie und Politikwissenschaft zu ermöglichen. Auf eine – sicher reduktionistische – Kurzformel gebracht kann die Politische Psychologie als Wissenschaft vom Individuum als Akteur im politischen Raum verstanden werden. Im Folgenden wenden wir uns sehr viel detaillierter der institutionellen Entwicklung der Politischen Psychologie zu. Wir fokussieren dabei aus zwei Gründen auf Deutschland. Zum einen sind viele Frühwerke der Politischen Psychologie, beginnend mit den

„politischen“ Arbeiten von Freud, in deutscher Sprache verfasst. Zum anderen liegt bisher kein umfassender Überblick über die institutionelle Entwicklung des Fachs in Deutschland vor.

3. Die institutionelle Entwicklung der Politischen Psychologie

In *Psychologie – Experten als Zeitzeugen* (Krampen, 2009)³ beginnt Siegfried Preiser (2009) in seinem Beitrag zur Politischen Psychologie einen Abschnitt zur Institutionalisierung der Disziplin mit dem Satz, „[i]ch habe die Institutionalisierung der Politischen Psychologie in Deutschland als ein sich kontinuierlich wandelndes Netzwerk erlebt“ (S. 290). Diese Aussage taugt problemlos als Überschrift für den folgenden Abschnitt, der sich mit der institutionellen Entwicklung der Politischen Psychologie beschäftigt und sich dabei auf Deutschland⁴ seit dem Ersten Weltkrieg konzentriert, um abschließend noch einen Blick auf die internationale Vernetzung politischer Psychologinnen und Psychologen zu werfen: Die Politische Psychologie war und ist – in Deutschland, aber auch weit darüber hinaus – niemals eine etablierte Teildisziplin entweder der Politikwissenschaft oder der Psychologie gewesen, sondern hat immer von ihren engagiertesten Akteuren gelebt.

Die Prägung des Begriffs „Politische Psychologie“ wird gemeinhin Adolf Bastian (1860) zugeschrieben, der ihn in seinem Buch *Der Mensch in der Geschichte. Zur Begründung einer psychologischen Weltanschauung* nutzte und im Sinne einer psychobiologisch fundierten kulturvergleichenden Sozialpsychologie verstand. Auch Gustave Le Bon wird regelmäßig als einer der Ahnherren genannt. Er legte neben seinem berühmten Werk zur Massenpsychologie (2008 [1895]) einen Band mit dem Titel *La psychologie politique, et la défense sociale* (1910) vor. Graham Wallas publizierte 1908 ein Buch zum Thema *Human Nature in Politics*, das bereits 1911 unter dem Titel *Politik und menschliche Natur* in deutscher Sprache erschien.

Als interdisziplinär ausgerichtete akademische Teildisziplin fristet die Politische Psychologie von Beginn ihrer Existenz an ein Nischendasein. Dies zeigt schon eine oberflächliche bibliometrische Analyse auf Basis der beiden umfassendsten Datenbanken psychologischer (PsycInfo) und sozialwissenschaftlicher (JSTOR) Forschungsliteratur. Setzt man für PsycInfo die Zahl der Publikationen, in deren archiviertem Text „political psychology“ auftaucht, zur Gesamtzahl der den Term „psychology“ umfassenden Publikationen in Beziehung, so ergibt sich⁵ ein Verhältnis von 3652 zu 2.206.300. Führt man die gleiche Auszählung für die Datenbank JSTOR durch, so lautet das Verhältnis 10.870 (Publikationen mit der Textsequenz „political psychology“) zu 731.946 (Publikationen mit dem Term „psychology“). Maximal fünfzehn Promille aller archivierten Publikationen haben demnach Politische Psychologie zum Gegenstand. Abbildung 3.1 dokumentiert die Entwicklung für die letzten gut 100 Jahre.

3 Krampen (1986) selbst ist im Übrigen einer der frühen Analytiker der Geschichte, der Defizite und der Perspektiven der Politischen Psychologie, denen sein Habilitationsvortrag galt.

4 Auf eine Darstellung der Institutionalisierung der Politischen Psychologie in anderen Ländern wird an dieser Stelle – aus Platzmangel – verzichtet. Interessierte Leserinnen und Leser seien auf einen Beitrag von Ward (2002) und auf das *Handbook of Political Psychology* (Huddy, Sears, & Levy, 2013) verwiesen.

5 Recherchestichtag 30.04.2020.

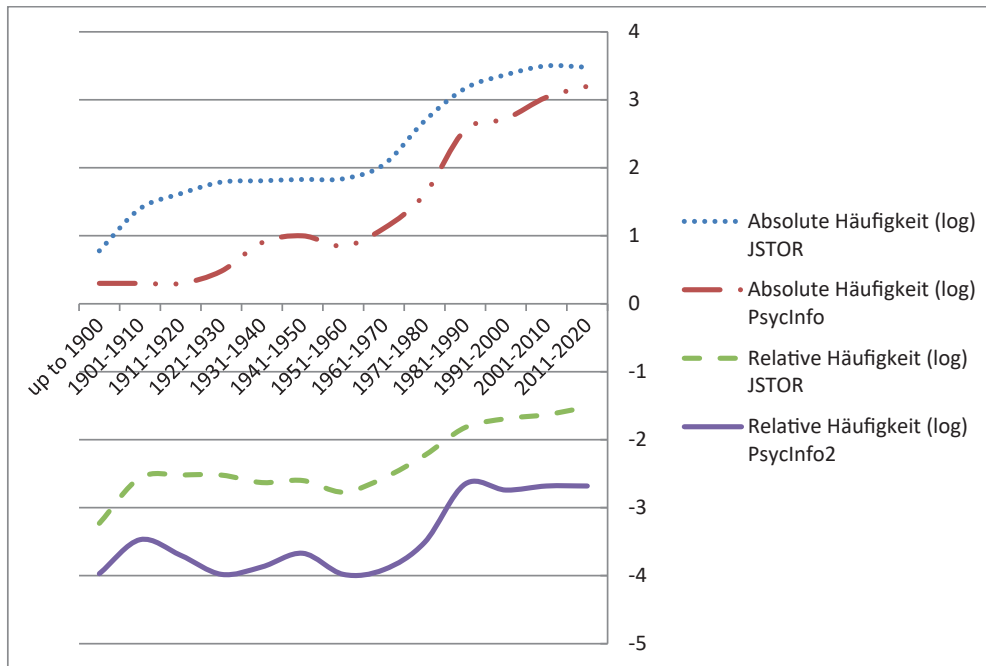


Abbildung 3.1: Entwicklung der Häufigkeiten von wissenschaftlichen Publikationen zur Politischen Psychologie

Für die Abbildung wurden die absoluten wie auch die relativen Häufigkeiten logarithmiert. Es zeigt sich, dass – sozusagen seit Bastian – sowohl die absoluten Häufigkeiten politisch-psychologischer Publikationen als auch deren Anteile an der Gesamtheit der archivierten psychologischen und sozialwissenschaftlichen Forschungsliteratur zunächst viele Jahrzehnte stagnierten. Seit Mitte der 1970er Jahre ist dann aber ein gewisser Anstieg bei den absoluten Häufigkeiten wie auch bei den Anteilen zu beobachten, was wohl vor allem der Gründung der Zeitschrift *Political Psychology* im Jahre 1979 geschuldet ist (s.u.).

3.1 Politische Psychologie in der Weimarer Republik

Die Geschichte der Politischen Psychologie zwischen 1918 und 1933 ist in Deutschland eng mit der Geschichte der Psychoanalyse im Allgemeinen und mit dem Institut für Sozialforschung (IfS) in Frankfurt am Main im Besonderen verknüpft. Hatte sich die Internationale Psychoanalytische Vereinigung bereits 1910 gegründet (vgl. u. a. Ferenczi, 1927), so spielten politische Themen im psychoanalytischen Diskurs im Zuge des Ersten Weltkriegs und nach der Veröffentlichung von Freuds Arbeiten zum Todestrieb (2000 [1920]) eine zunehmend größere Rolle. Diese manifestierte sich vor allem in den Studien, die am 1923 gegründeten IfS durchgeführt wurden. Hatten die Forschungsarbeiten des Instituts zunächst eher einen Schwerpunkt in der marxistisch geprägten Wirtschaftsforschung, so verschob sich dieser Schwerpunkt mit der Berufung Max Horkheimers auf die Position des Institutsdirektors 1930/31 nachhaltig in Richtung auf eine interdisziplinär ausgerichtete Sozialforschung, angesiedelt zwischen Sozio-

logie, Volkswirtschaft, Geschichte und Psychologie (vgl. Wiggershausen, 1986). Insbesondere die Arbeiten von Erich Fromm, der seit 1930 als Leiter der Abteilung Sozialpsychologie des IfS tätig war, entsprechen in ihrem Gehalt in vielen Bereichen aktuellen Vorstellungen einer Politischen Psychologie, wie sie etwa in dem Sammelband zum Thema (*Politische Psychologie heute?*, Brunner, Loh, Pohl, Schwietring, & Winter, 2012) vorgetragen werden: Psychoanalytisches Denken wurde mit empirischen Forschungsmethoden, auch mit quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung in Verbindung gebracht. Fromm gehörte im Übrigen gleichzeitig dem Berliner Zirkel marxistischer Psychoanalytiker um Wilhelm Reich an und trug zur Theoriebildung des Freudomarxismus bei. Reich seinerseits war der wohl erste Herausgeber einer politisch-psychologischen wissenschaftlichen Fachzeitschrift, der *Zeitschrift für Politische Psychologie und Sexualökonomik*, die zwischen 1934 und 1938 (in Dänemark und Norwegen) in 15 Ausgaben erschien. Auch sein erstmals 1933 publiziertes Werk *Die Massenpsychologie des Faschismus* (Reich, 1971) macht deutlich, dass die Politische Psychologie der Weimarer Republik Marxismus und Psychoanalyse (beide in undogmatischen Lesarten) als programmatische Eckpfeiler betrachtete.

Jenseits der Aktivitäten im und um das IfS sind aus der Zeit der Weimarer Republik kaum institutionalisierende Entwicklungen der Politischen Psychologie zu beobachten. Geistesgeschichtliche Langzeitwirkung wäre vielleicht noch dem Buch *Lebensformen* von Eduard Spranger (1921) zuzuschreiben, der mit seiner „Lebensform“ des „homo politicus“ nicht nur Lasswell stark beeinflusste, sondern auch Mentor von Gordon Allport und seiner frühen Wertepsychologie wurde: Allport verbrachte 1923 als Postdoktorand ein Jahr bei Spranger in Berlin (Henning, Schmidt, & Wallek, 1988).

3.2 Politische Psychologie zwischen 1933 und 1945

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 änderte sich das Profil der Politischen Psychologie radikal. Mit mörderischer Konsequenz setzte das NS-Regime die Vertreibung und Ausmerzung der marxistisch-psychoanalytischen Prägung der Politischen Psychologie durch. Das IfS wurde als Teil der jüdisch-bolschewistischen Verschwörung diffamiert und am 13. März 1933 geschlossen; seine Mitglieder wurden fast in Gänze aus Deutschland vertrieben. Aus der interdisziplinären Politischen Psychologie wurde fortan eine *politische* Psychologie, d. h. eine Psychologie im Dienste der Vorstellungen der NSDAP. Die Hinwendung zu einer politischen Psychologie des Nationalsozialismus wurde bereits auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie 1933 in Leipzig deutlich. Wohl prominentester Vertreter der nationalsozialistischen Lesart einer politischen Psychologie war Walther Poppelreuter. Im Wintersemester 1931/32 hielt er an der Universität Bonn eine Vorlesungsreihe über *Politische Psychologie als angewandte* Psychologie, aus der 1934 die anti-semitisch, anti-demokratisch argumentierende Broschüre *Hitler, der politische Psychologe* entstand (vgl. Lamberti, 2006). In ihr wird – auf eine durchaus nicht nur plumpe Weise – versucht, aus *Mein Kampf* das Psychologische der politischen Vorstellungen Hitlers herauszuarbeiten (vgl. Plöckinger, 2006), indem etwa postuliert wird, „Hitler sieht klar die völlige Reziprozität: Es gibt Massenpsychologie nur deshalb, weil es Führerpsychologie gibt und umgekehrt Führerpsychologie, weil es Massenpsychologie gibt [...] die Masse braucht und will den Führer, der Führer